

# Sowjetisierung in Wirtschaft und Landwirtschaft

von Stephan Merl

Im Rahmen der transfergeschichtlichen Betrachtung untersucht der Beitrag, wie sich die Modelle der administrativen Kommandowirtschaft und der Kollektivlandwirtschaft ausbildeten und wie sich ihre Übertragung auf Osteuropa vollzog. Welche Unterschiede und Umformungen sind bei dem Transfer festzustellen? Warum konnten diese Modelle dort über vier Jahrzehnte Bestand haben? Die Kommandowirtschaft erwies sich als übertragbar, weil ihr tabuisierter Korrekturmechanismus allen Beteiligten Vorteile verschaffte, selbst wenn das ökonomische Ergebnis durch den unvermeidlich verschwenderischen Umgang mit den knappen Ressourcen eher negativ zu beurteilen ist. Dagegen sperrte sich die Kollektivlandwirtschaft gegen die Übertragung, weil sie die Entrechtung der Bauern in Anlehnung an die Leibeigenschaft verlangte und ihnen kein materielles Interesse an der Produktion verschaffte. Hier war es die Sowjetunion, die nach Stalins Tod eine Korrektur vornehmen musste. Die reale Ausprägung der Kollektivlandwirtschaft trug deshalb in den einzelnen osteuropäischen Ländern stärker den unterschiedlichen wirtschaftskulturellen Voraussetzungen Rechnung.

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung
2. Das russische Erbe
3. Das Projekt einer sozialistischen Modernisierung der Wirtschaft
4. Die Etablierung der Kommandowirtschaft an der Wende zu den 1930er Jahren
5. Der sozialistische Großbetrieb in der Landwirtschaft
6. Die Funktionsweise der Kommandowirtschaft
7. Die Funktionsweise des Kolchossystems unter Stalin
8. Sowjetisierung nach dem Zweiten Weltkrieg: Was hatte die Sowjetunion zu bieten?
9. Phasen der Sowjetisierung ab 1945
10. Sowjetisierung im Bereich der Wirtschaft
11. Sowjetisierung im Bereich der Landwirtschaft
12. Resümee: Die "Sowjetisierung" in transfergeschichtlicher Perspektive
13. Anhang
  1. Quellen
  2. Literatur
  3. Anmerkungen

Zitierempfehlung

## Einleitung

Die Herausbildung spezifisch sowjetisch geprägter Organisationsformen in den Bereichen Wirtschaft und Landwirtschaft erfolgte in der Zwischenkriegszeit. Sie griff auf die vorhergehende Russifizierung (→ Medien Link #ab) der in Westeuropa entwickelten Konzepte von Industrialisierung (→ Medien Link #ac) und Modernisierung (→ Medien Link #ad) der Landwirtschaft und die Vorstellungen des Marxismus über die Organisation der Wirtschaft im Sozialismus zurück. Die Übertragung dieses Wirtschaftsmodells auf die unter sowjetischen Einfluss geratenden osteuropäischen Staaten in Form einer Sowjetisierung vollzog sich nach dem Zweiten Weltkrieg.

▲ 1

Das sowjetische Modell zeichnete sich durch ein besonderes Ausmaß staatlicher Kontrolle aus und beanspruchte dadurch für sich, ein hohes Entwicklungstempo bei der Industrialisierung und der Modernisierung der Landwirtschaft zu erreichen. Von den westlichen Vorbildern setzte es sich durch eine grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse mittels der entschädigungslosen Verstaatlichung der Produktionsmittel ab. Es behauptete, die "Marktanarchie" durch den Übergang zur planmäßigen Lenkung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse zu überwinden. Daraus ging Anfang der 1930er Jahre die "administrative Kommandowirtschaft" hervor. Für die Modernisierung des Agrarbereichs wurde das Modell der Kollektivlandwirtschaft entwickelt. Das "sozialistische" Wirtschaftskonzept nahm für sich in Anspruch, der kapitalistischen Marktwirtschaft überlegen zu sein.

▲ 2

Der Beitrag untersucht die Ausprägung der administrativen Kommandowirtschaft und der Kollektivlandwirtschaft. Er fragt insbesondere nach ihren realen Funktionsmechanismen. Dabei wird deutlich, dass diese stark von der offiziellen Systembeschreibung abwichen. Die nach außen inszenierte totale Kontrolle über die Ökonomie gab es in der Praxis nie. Um die auf ihr basierende Herrschaftslegitimation nicht zu gefährden, mussten in allen Wirtschaftsbereichen Korrekturmechanismen geduldet werden, die dem Regime letztlich Nachhaltigkeit verschafften. Das Standardnarrativ geht bisher kaum darauf ein. Es folgt weitgehend der affirmatorischen Selbstbeschreibung der Regimes und stellt die Sowjetisierung einseitig als sowjetisches Diktat dar. Beschrieben werden die äußeren institutionellen Veränderungen, dabei wird die mangelnde Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems betont. Das Erkenntnisinteresse dieses Beitrages richtet sich hingegen auf die realen Funktionsmechanismen, um zu verstehen, wie die administrative Kommandowirtschaft und die Kollektivlandwirtschaft trotz ihrer offensichtlichen Schwächen in der Praxis bestehen konnten. Aus dieser Perspektive erweisen sich die beschriebenen Dysfunktionen eher als integraler Bestandteil der Regimes. Wirtschaftliche Prozesse konnten sich nicht allein auf Terror und Repression gründen. Das zwingt dazu, bei der Betrachtung des Transfers stärker die Akteure in der Wirtschaft in den Blick zu nehmen. Die unentbehrlichen Korrekturmechanismen lassen sich als "korrupte Praktiken" bezeichnen. Dieser Begriff reflektiert, dass der Tatbestand der Korruption nicht erfüllt wurde, weil es keine wirklich Geschädigten gab. Da sie das Regime erst funktionsfähig machten, profitierten letztlich alle.<sup>1</sup> Der Korrekturmechanismus musste mit einem Tabu belegt werden, weil ansonsten die Legitimation der Regimes auf dem Spiel stand. Wer hätte Vertrauen entwickeln können zu einer Regierung, die eingestand, auf korrupte Praktiken nicht verzichten zu können? Die Bevölkerung vermochte sich nach Stalins (1878–1953) (→ Medien Link #ae) Tod mit den Verhältnissen zu arrangieren, indem sie die offiziell bekämpften korrupten Praktiken bei der Verfolgung eigener Interessen nutzte.

▲3

## Das russische Erbe

Russland befand sich Mitte des 19. Jahrhunderts in Bezug auf die Entwicklung von Wirtschaft und Landwirtschaft gegenüber West- und Mitteleuropa deutlich im Rückstand. Das wurde von der zahlenmäßig zwar kleinen städtischen Gesellschaft auch so wahrgenommen und bestimmte maßgeblich die öffentliche Diskussion. Nach der Niederlage im Krimkrieg (1856) stand die Großmachtposition in Europa auf dem Spiel. Dies erhöhte den Problemdruck so, dass der Staat (in der Person des Finanzministers und des Zaren) die Initiative zur Modernisierung des Landes ergriff. Dabei wurde auf westliche Vorbilder zurückgegriffen, die im Transferprozess der Russifizierung mit eigenständigen Lösungen angereichert und der spezifisch russischen Wirtschaftskultur angepasst wurden. Sie prägten wiederum das spätere sowjetische Modell. Der Staat musste substituieren, was zum Anstoß der Industrialisierung fehlte: eine kaufkräftige Nachfrage, Kapital für Investitionen in die Infrastruktur und Industrieanlagen sowie Unternehmertalent. Zur Kapitalbeschaffung wurde eine Politik des "Zwangssparens" eingeschlagen, wobei der Staat den Konsum der Bevölkerung trotz ihrer Armut mit hohen Steuern belegte. Die infrastrukturelle Erschließung des Landes setzte auf den Eisenbahnbau in staatlicher Regie. Um die Ansiedlung von Betrieben der Schwerindustrie zu fördern, wurden Schutzzölle erhoben. Sie schützten die neuen Industrien vor der Weltmarktkonkurrenz und erlaubten ihnen, ihre zunächst deutlich höheren Kosten durch hohe Preise abzudecken. Die Finanzpolitik zielte darauf, Vertrauen in die Währung zu schaffen, um zur Entwicklung des Landes Auslandskapital zu gewinnen. Die gezielte Förderung des Exports von Agrarprodukten hielt die Außenhandelsbilanz positiv. Im Vergleich zu Westeuropa blieb die Großindustrie stark auf die Staatsnachfrage fixiert. Marktwirtschaftliche Strategien kamen kaum zum Einsatz. Nur der Nähmaschinenproduzent Singer weitete mit Erfolg seinen Absatzmarkt durch Preissenkungen aus.<sup>2</sup>

▲4

Das Anstoßen des Industrialisierungsprozesses von staatlicher Seite war erfolgreich. Seit den 1880er Jahren erzielte Russland für die damalige Zeit außergewöhnlich hohe Wachstumsraten in der industriellen Produktion. Mitte der 1880er Jahre vollzog sich der *take-off* zu einem sich selbst tragenden Wachstum. In der zweiten Boomphase nach 1907 reduzierte sich durch die steigende Nachfrage der Kommunalwirtschaft und der Landwirtschaft die Bedeutung des Staats als Motor des industriellen Wachstums. Doch bis 1914 kam es nicht zum Abschütteln der "Krücken". Der Staat versäumte es, die Abschottung der russischen Produzenten vom Weltmarkt durch Schutzzölle zu reduzieren. Die Schwerindustrie blieb auf die sichere Einnahmen versprechende staatliche Nachfrage fixiert und begann, Syndikate zur Absprache von Preisen und Produktionsmengen zu gründen. Die Staatseinnahmen konzentrierten sich ungewöhnlich stark auf die Besteuerung des Massenkonsums. Dennoch stieg wie in allen kapitalistischen Industrialisierungsprozessen auch in Russland der Lebensstandard der Bevölkerung langsam an. Letztlich bewahrte der Erste Weltkrieg die russische Industrie davor, sich offen einer marktwirtschaftlichen Konkurrenz und unabhängigen Effizienzkontrolle zu stellen.<sup>3</sup>

▲5

Auch im Agrarsektor sind Besonderheiten festzustellen, die nachhaltig eine Angleichung bäuerlicher Einstellungen und Verhaltensweisen an westeuropäische Muster verhinderten und die Politik über die Oktoberrevolution hinaus beeinflussten. Der nahezu europaweite Prozess der Agrarreform zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der den Bauern nicht nur persönliche Freiheit brachte und Eigentumsrechte verlieh, sondern mit den Gemeinheitsteilungen und dem Übergang zur Sommerstallhaltung des Viehs auch die landwirtschaftliche Produktivität und Produktion deutlich ansteigen ließ, erreichte Russland nur bedingt. Hier war die Möglichkeit zur extensiven Ausdehnung der Ackerfläche noch nicht erschöpft. Die Bauernbefreiung von 1861 verfolgte weder das Ziel einer Ertragssteigerung noch das der Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften für die Industrialisierung. Die abgelösten Bauernhöfe wurden als Selbstversorgungswirtschaften konzipiert, obwohl sie schon zu diesem Zeitpunkt einen wichtigen Anteil an der Vermarktung von Agrarprodukten hatten. Lediglich der Bodenbesitz sollte zwischen Gutsherren und Bauern sozialverträglich getrennt werden. Unter den Freiheitsrechten blieb den Bauern das Recht auf Freizügigkeit versagt, weil der Staat vermeiden wollte, durch die Abwanderung der Bauern in die Städte (→ Medien Link #af) die in Westeuropa zu beobachtende soziale Unruhe in das eigene Land zu holen. Als die Revolution von 1905 zeigte, dass dies nicht geglückt war, holte die von Petr Stolypin (1862–1911) (→ Medien Link #ag) durchgesetzte Agrarreform von 1906 nach, was in Westeuropa nahezu ein Jahrhundert zuvor wachstumsfördernd vollzogen worden war: Gemeinheitsteilungen, Flurbereinigung und Eigentumsverleihung. Ins bäuerliche Bewusstsein drang die Bedeutung dieser Reform aber nicht mehr. Zwar nahmen die Bauern die Flurbereinigung an, Eigentumsrechte blieben ihnen aber suspekt. Den Boden betrachteten sie als "Gottesacker", der denen zustand, die ihn bestellten. Sie wollten die adligen Gutsbesitzer vom Lande vertreiben und respektierten deshalb deren Eigentumsrechte nicht. Der erst 1861 geschaffene Zwangsverband der Umverteilungsgemeinde vermittelte ihnen sozialen Schutz, und sie sahen in ihm eine Institution, die ihnen die Verfolgung eigener Interessen gegenüber dem Staat erlaubte.<sup>4</sup>

▲6

Niemand wäre 1914 auf die Idee gekommen, Russlands Modell der Organisation von Wirtschaft und Landwirtschaft als Vorbild für andere Teile Europas zu betrachten. Die Besonderheiten erschienen eher als zeitweilige Krücken für ein Land, das verspätet in die Moderne gestartet war und sich mit ihrer Hilfe in eigener Regie auf den Weg der Industrialisierung begeben hatte.<sup>5</sup> Eine Entwicklung hin zur Markt- und Eigentumsakzeptanz war durchaus in Gang gekommen, hätte aber noch Jahrzehnte gebraucht, um sich in den Einstellungen der Masse der Bevölkerung festzusetzen.

▲7

Der Blick auf die Stadientheorie Walt Whitman Rostows (1916–2003) (→ Medien Link #ah)<sup>6</sup> unterstreicht die noch frühe Phase der Modernisierung. Russland verließ erst in den 1860er Jahren das Stadium der traditionellen Gesellschaft und begann, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise erforderlich waren. Besondere Bedeutung hatten dabei die Schaffung einer landschaftlichen und städtischen Selbstverwaltung nach preußischem Vorbild, der Aufbau einer Finanzverwaltung sowie eines Banken- und Kreditsystems und der Ausbau der Infrastruktur. Dieser staatliche Aufgabenbereich weitete sich mit dem Erreichen der Schwelle des *take-off* Mitte der 1880er Jahre aus. In das nachfolgende Stadium, der "Entwicklung zur Reife", trat Russland erst um die Jahrhundertwende ein. Dabei musste der Staat zur Unterstützung des mit der Industrialisierung einhergehenden gesellschaftlichen Strukturwandels das öffentliche Bildungssystem ausbauen, um qualifizierte Arbeitskräfte bereitzustellen, und Grundlagen einer staatlichen Sozialpolitik schaffen.<sup>7</sup>

▲8

Der Industrialisierungsprozess wurde vor allem durch den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften behindert. Die traditionelle Unterentwicklung der Städte und des städtischen Handwerks nahmen Russland die Möglichkeit, wie die industrialisierten Länder Westeuropas Unternehmer, Kapital und Fachkräfte aus dem gewerblichen Sektor zu beziehen. Die Fixierung des Blicks bei der Industrialisierung auf Großbetriebe übersieht diese eigentliche Strukturschwäche Russlands, die im weitgehenden Fehlen von Klein- und Mittelbetrieben zum Ausdruck kam. Wenige moderne Großbetriebe produzierten neben dem in der gewerblichen Produktion weiterhin dominierenden, vergleichsweise primitiven ländlichen Kustargewerbe, das sich noch nicht im Prozess der Spezialisierung aus dem agrarischen Bereich abgetrennt hatte. Die Bolschewiki sollten dieses Problem sogar noch verschärfen, indem sie Handel und viele Dienstleistungen als parasitär und damit nicht der Förderung bedürftig einstufen.

▲9

Das Projekt einer sozialistischen Modernisierung der Wirtschaft

Lenin (1870–1924) (→ Medien Link #ai) stufte in seiner Imperialismustheorie Russland als das schwächste Glied in der Kette der imperialistischen Staaten ein. Entsprechend erwartete er den kulturellen Transfer eher von West nach Ost: Gestützt vor allem auf die deutsche Arbeiterklasse sollte Sowjetrußland in internationaler Zusammenarbeit modernisiert werden. Ihre Vorstellungen über die künftige Wirtschaft entlehnten die Bolschewiki von Karl Marx (1818–1883) (→ Medien Link #aj). Die "Marktanarchie" sollte durch den Übergang zu einer planmäßigen Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft überwunden und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mittels der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln beseitigt werden. Von der neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung erwarteten sie eine Entfesselung der Produktivkräfte aus ihrer vermeintlich vom Kapitalismus gesetzten Beschränkung. Die Überlegenheit der neuen Ordnung sollte sich sofort in einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität niederschlagen, so dass der daraus resultierende Überfluss an materiellen Dingen eine sozial gerechtere Ordnung und der gesamten Bevölkerung ein wesentlich höheres Niveau der Lebenshaltung ermöglichen würde.<sup>8</sup> Diese utopische und durch keine realen Fakten zu stützende Erwartung sollte wesentlich für die katastrophale Erschütterung der sowjetischen Wirtschaft während der "Revolution von oben" Anfang der 1930er Jahre verantwortlich sein.<sup>9</sup>

▲ 10

Die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen nach der Oktoberrevolution dienten allerdings der Machtsicherung und Herrschaftslegitimierung, nicht der Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele. So duldeten die Bolschewiki die häufig spontane Enteignung der Gutsbesitzer und die Aufteilung ihres Bodens durch die Bauern, obwohl ihr Wirtschaftsprogramm die direkte Überführung der Güter in staatliche Musterbetriebe vorgesehen hatte. Die Duldung der Bodenaufteilung erwies sich als entscheidender machtpolitischer Schachzug, der es den Bolschewiki ermöglichte, sich im Bürgerkrieg gegen die Weißen durchzusetzen. Die Verstaatlichung der Banken, die Annullierung der in- und ausländischen Staatsanleihen und die entschädigungslose Enteignung der Großindustrie folgten im Verlauf des Winters 1917/1918. Mit der Gründung des Obersten Volkswirtschaftsrats begann der schnelle Aufbau einer umfangreichen staatlichen Wirtschaftsbürokratie. Im April 1918 wurde die Transformation mit der Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols abgeschlossen. Während des Bürgerkriegs ging im Prozess des wirtschaftlichen Niedergangs die Verstaatlichung der Industrie weiter und bezog 1920 selbst Kleinbetriebe ein. Das als "Staatskapitalismus" bezeichnete Modell ging über das Konzept des Interventionsstaates hinaus, wie es sich während des Weltkriegs in Europa verbreitet hatte, und versuchte, die Wirtschaft durch den Staat direkt zu lenken. Im Winter 1920/1921 wurde begonnen, sogar die bäuerliche Produktion unter staatliche Regie zu stellen.<sup>10</sup>

▲ 11

Für die spätere Ausprägung des sowjetischen Wirtschaftsmodells erlangte das 1920 entwickelte wirtschaftspolitische Konzept des "Kriegskommunismus" (auch als "proletarische Naturalwirtschaft" bezeichnet) entscheidende Bedeutung. Dieser erste Versuch, die kommunistische Wirtschaft aufzubauen, orientierte sich an den von Marx genannten Prinzipien. Er sollte die Vorstellungen und das konkrete Handeln der Bolschewiki über Stalin bis hin zu Nikita Chruschtschow (1894–1971) (→ Medien Link #ak) nachhaltig prägen. Hierauf gründete, dass der Aufbau des Kommunismus mit kriegsrischen Methoden und einer militärisch geprägten Sprache begonnen wurde. Es war ein eigenartiges Produkt revolutionärer Ungeduld, im wirtschaftlichen Zerfall, dem inflationsbedingten Geldwertverlust und der bittersten Not der Bevölkerung ein Anzeichen für die in der kommunistischen Gesellschaft angestrebte Gleichheit der Menschen und die Abschaffung des Geldes zu erblicken. Marx hatte dagegen den Übergang zum Kommunismus erwartet, nachdem der Kapitalismus sein Entwicklungspotential erschöpft hatte.<sup>11</sup>

▲ 12

Dieses Programm der "proletarischen Naturalwirtschaft" beschrieb in keiner Weise die reale Wirtschaftssituation des Jahres 1920. Es belegt, wie stark das Wunschdenken der Bolschewiki bereits ihre Wahrnehmung der Wirklichkeit trübte. Dieses Muster findet sich in der Beschreibung der Kommandowirtschaft und der Kollektivlandwirtschaft unter Stalin wieder. Das Unvermögen, die Funktionsweise des Regimes real zu beschreiben, sollte für den Transfer des Wirtschaftsregimes besondere Probleme aufwerfen. Wie stark die offizielle Beschreibung und das reale Funktionieren auseinanderklafften, zeigte sich daran, dass die offizielle Wirtschaft in keiner Weise imstande war, die ihr zugeschriebenen Leistungen, insbesondere den Produktaustausch zwischen den Assoziationen von Arbeitern und Bauern, zu erbringen. Um zu überleben, musste die gesamte Bevölkerung auf den illegalen Schwarzmarkt zurückgreifen.

▲ 13

Die Etablierung der Kommandowirtschaft an der Wende zu den 1930er Jahren

Die Anfang 1921 gegründete staatliche Plankommission nahm zielstrebig den Aufbau einer planmäßigen Wirtschaftslenkung in Angriff. Lenin betrachtete dafür die deutsche Kriegswirtschaft als Vorbild. Das Zusammentragen von Daten wurde in ersten Schritten zur Prognoseplanung genutzt, mit der man allmählich Einfluss auf die zukünftige Wirtschaftsentwicklung nehmen wollte. Dabei ergab sich in den 1920er Jahren eine enge Kooperation mit dem neu gegründeten Berliner Konjunkturinstitut.<sup>12</sup>

▲ 14

Mit der Vorlage erster Entwürfe für Fünfjahrpläne krönte die staatliche Plankommission ihre Tätigkeit. Sie orientierte sich kapital- statt arbeitsintensiv an der Nutzung der modernsten Technik. Dass Vladimir Groman (1874–1932) (→ Medien Link #al) und seine Mitarbeiter nicht für die im Namen der Partei erzielten Erfolge ausgezeichnet, sondern verhaftet und als Spione und Saboteure abgeurteilt wurden, hat mit der Logik der Errichtung von Stalins Diktatur zu tun. Die Plankommission drohte mit ihrer Fachkompetenz den Spielraum der Partei für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik einzunengen. Um zu verhindern, dass die Partei von den Planern abhängig wurde, übte Stalin enormen Druck auf sie aus, "köpfte" die Leitung und degradierte die staatliche Plankommission zu einem willfährigen Gremium, das die Befehle des Diktators auszuführen hatte.<sup>13</sup> Der Ökonom Stanislav Strumilin (1877–1974) (→ Medien Link #am) äußerte, dass seine Kollegen es vorgezogen hätten, für ein hohes Entwicklungstempo "einzustehen", als für ein niedriges "einzusitzen".<sup>14</sup>

▲ 15

Der Beschluss der 15. Parteikonferenz im April 1929, die nicht erfüllbare "Optimalvariante" des Ersten Fünfjahrplans in Kraft zu setzen, markierte einen Bruch in der Wirtschaftskonzeption. (→ Medien Link #an) Das Marxsche Konzept, planmäßig Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung zu nehmen, wurde nun nicht länger verfolgt, sondern durch die grundlegend andere Konzeption der Kommandowirtschaft ersetzt. Die gleichzeitig ausgegebene Parole, den Fünfjahrplan in vier Jahren zu erfüllen, illustriert die Radikalität des Bruchs: Wenn der Plan die optimale Verteilung der Ressourcen vorsah, musste jede Übererfüllung genauso schädlich sein wie die Untererfüllung. Moshe Lewin (1921–2010) (→ Medien Link #ao) spricht "vom Verschwinden der Planung mit dem Plan".<sup>15</sup> Damit legte Stalin Ende 1929 zugleich den Grundstein dafür, dass die realsozialistische Wirtschaft zur "Mangelwirtschaft" wurde, die durch den verschwenderischen Umgang mit den verfügbaren Ressourcen Schindluder mit dem Volksvermögen trieb. Der zum Produktionsbefehl verkommene Plan war zu erfüllen, koste es, was es wolle, denn "man brauche vor allem das Produkt, nicht den Mehrwert".<sup>16</sup> Der verschwenderische Umgang mit allen Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit, Rohstoffe) beruhte auf den Konstruktionsprinzipien der administrativen Kommandowirtschaft. Er ist deshalb nicht auf das Fehlverhalten einzelner Manager zurückzuführen, wie das die offizielle Version behauptet. Das Versagen der Kommandowirtschaft zeigte sich besonders im Faktor Arbeitsproduktivität. Alle Kommandowirtschaften weisen gerade bei diesem Kriterium, das nach Marx ihre Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus ausmachen sollte, einen katastrophalen Rückstand gegenüber dem Westen auf, der sich zudem ständig vergrößerte.<sup>17</sup> In der offiziellen Beschreibung des Regimes wurde aus Gründen der Legitimation am Begriff "Planwirtschaft" festgehalten, obwohl die nun zur Abstützung von Stalins Diktatur errichtete administrative Kommandowirtschaft das Gegenteil einer planmäßigen Lenkung verkörperte.

▲ 16

## Der sozialistische Großbetrieb in der Landwirtschaft

Die Festlegung auf den Großbetrieb als künftige sozialistische Form auch in der Landwirtschaft geht auf Marx zurück. Obwohl er diese Anschauung theoretisch nicht überzeugend begründete, und sie bereits vor Ende des 19. Jahrhunderts von den Entwicklungstrends widerlegt wurde,<sup>18</sup> setzte sie sich im Marxismus fest. Sie verleitete zu der problematischen Annahme, die Bauern würden sich aus Einsicht in die Unvermeidlichkeit des Untergangs ihrer Kleinbetriebe freiwillig in Großbetrieben zusammenschließen. Indem mit der Konzeption des Großbetriebs einseitig die Mechanisierung der Agrarproduktion betont und diese zudem noch Anfang der 1930er Jahre mit der Traktorisierung gleichgesetzt wurde, verengte sich die Perspektive. Anhaltspunkte dafür, dass der Großbetrieb auch in der Tierproduktion Vorteile bieten würde, gab es zu Beginn der 1930er Jahre nicht.<sup>19</sup>

▲ 17

Die wissenschaftliche Diskussion über den rationalen Agrarbetrieb beruhte auf einer anderen Grundlage. Sie ging entweder von komplexen Überlegungen zur optimalen Betriebsgröße aus, die insbesondere auch Wegekosten einbezog,<sup>20</sup> oder strebte eine Kombination von Betriebsmittelversorgung, Produktion, Verarbeitung und dem Absatz von Agrarprodukten an, wie sie ansatzweise auf Gütern und in der Agrargenossenschaftsbewegung zu finden war. Daraus entwickel-

te sich Ende der 1920er Jahre die Projektierung von Agrar-Industrie-Komplexen, für die auch westliche Erfahrungen studiert wurden. Mit der Vision von Agrostädten wurden speziell die Vorstellungen von Marx aufgegriffen, die Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land anzugleichen.<sup>21</sup> Wie die Optimalplanung sollten auch die Agrar-Industrie-Komplexe über Jahrzehnte utopische Projekte bleiben. Erst in den 1970er Jahren wurde dieses Konzept wieder aufgegriffen.<sup>22</sup>

▲ 18

Stalins Kollektivlandwirtschaft hatte mit den Vorstellungen von einer modernen landwirtschaftlichen Großproduktion nichts gemein. Sie diene allein dazu, dem Staat eine stabile Menge pflanzlicher Agrarprodukte zu sichern, ohne dass er voll für die Kosten der Produktion aufkommen musste. Die entstehenden Kolchosen waren keine rational durchorganisierten Großbetriebe. Sie konzentrierten sich auf die Getreideproduktion und die Erzeugung von Industriepflanzen, deren Anbau zugleich den Kolchosniki untersagt wurde. In anderen Produktionsbereichen erlangten sie unter Stalin keine nennenswerte Bedeutung. Die ansatzweise mechanisierte Getreide- und – in Mittelasien – Baumwollproduktion stand neben einer primitiven und fast vollständig auf Handarbeit beruhenden Hoflandproduktion. Dort konzentrierte sich die Erzeugung auf Tierprodukte und Obst. Kartoffeln hatte auf Staatsbefehl praktisch jedermann anzubauen. Der Kolchos erhielt keine mechanische Technik. Diese verblieb in Form der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) in staatlicher Hand und diene vor allem als Druckmittel gegenüber den Kolchosen. Die Mährescher erlaubten, die Ernte von den Kolchosfeldern direkt in die staatlichen Scheunen zu bringen. Mitte der 1930er Jahre wurde es den Kolchosen untersagt, nichtlandwirtschaftliche Produkte zu erzeugen. Aufgrund der Nichtbezahlung des Getreides hätten sie sonst die Agrarproduktion eingestellt und wären vollständig auf einträgliche gewerbliche Produktion (Bau, Handwerk) oder Dienstleistungen umgestiegen. Mit der Unterbindung einer Kombination von Agrarproduktion und Verarbeitung entfiel gerade das, was eigentlich die Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft begründen sollte.<sup>23</sup>

▲ 19

Die Einleitung der Zwangskollektivierung in einer Situation, in der auf dem Lande ein gewaltiger Überschuss an Arbeitskräften herrschte, nahm den Hungertod "überflüssiger Esser" in Kauf. Agrarspezialisten hatten vor diesem Problem etwa in der Diskussion über den "Bauernsowchos" Mitte 1928 in dem Parteiorgan *Prawda* gewarnt. Bereits die Verlagerung der Produktion aus den Einzelbetrieben in den Kolchos musste den Bedarf an Arbeitskräften reduzieren. Zusätzlich setzte die Mechanisierung Arbeitskräfte frei. Die Zwangsanwendung verschärfte die Lage noch. Sie verschuldete die Vernichtung von nahezu der Hälfte des Viehbestands und reduzierte vor allem den dauerhaften Bedarf an Arbeitskräften über das Jahr weiter.<sup>24</sup>

▲ 20

Das Kolchossystem war zur Jahreswende 1932/1933 die Antwort auf die zugleich mit einem Tabu belegte Hungersnot und die Erkenntnis, dass ohne radikale Änderung der Agrarpolitik die Industrialisierung gescheitert war.<sup>25</sup> Es beendete den willkürlichen Abzug von Getreide, der den Bauern in den bisherigen Überschussgebieten häufig nicht einmal genug zum Überleben belassen hatte. Das neue System der Pflichtablieferung ab 1933 hatte den Charakter einer Naturalsteuer, weil die vom Staat dafür gezahlten Preise nur einen Bruchteil der Produktionskosten deckten. Die Kolchossen hatten nach festen Hektarnormen Getreide, die Kolchosniki zusätzlich Kartoffeln, Fleisch und Milch an den Staat abzuliefern. Um zu vermeiden, dass sie weiterhin ganz ohne Getreide blieben, waren ab 1933 10 bis 15 Prozent des gedroschenen Getreides als "Vorauszahlung" auf ihren Anteil am "Kolchosgewinn" an die Kolchosniki nach den erarbeiteten Tagewerken auszugeben. Abgesehen von dieser geringen Getreidemenge wurde der Arbeitseinsatz im Kolchos praktisch nicht entlohnt. Er berechtigte lediglich dazu, eine Hoflandwirtschaft in eigener Regie zu betreiben. Die Kolchosniki mussten hier nicht nur alle Nichtgetreideprodukte, die sie zur Selbstversorgung benötigten, erwirtschaften, sondern zudem noch einen Teil ihrer Hoflandproduktion vermarkten, um überhaupt die staatlichen Steuern zahlen zu können. Durch die Verweigerung der 1932 eingeführten Inlandpässe beschränkte der Staat die Mobilität der Kolchosniki. Ohne ausdrückliche Genehmigung der Behörden durften sie ihren Kolchos nicht verlassen. Mit der Schollenbindung erinnerte ihr Rechtsstatus an den eines Leibeigenen.<sup>26</sup>

▲ 21

Der Kolchos diene dem Regime als administrative Kontrollinstanz, um die Bauern politisch zu neutralisieren und in ein Arbeitsregime hineinzupressen, das von ihnen gewissermaßen Zwangsarbeit am Heimatort verlangte. Faktisch war der Kolchos ein Staatsbetrieb. Über die Produktion und die Verteilung der Ernte verfügte allein der Staat, der den Kolchosen auch alle übrigen Entscheidungen diktierte. Das Konstrukt "Kollektiveigentum" diene also nur dazu, den Kolchosniki monatliche Lohnzahlungen zu verweigern, indem sie fiktiv zu "Miteigentümern" erklärt wurden. Statt des Arbeitslohns stand ihnen nur zu Jahresende ein Anteil am "Gewinn" zu, der vom Staat durch Pflichtablieferungen und die willkürlich

niedrig festgesetzten Erzeugerpreise so manipuliert wurde, dass die Kolchose im Normalfall keinen Gewinn erzielten. Zudem blieben die Kolchosniki von der staatlichen Sozialversicherung ausgeschlossen.<sup>27</sup>

▲ 22

## Die Funktionsweise der Kommandowirtschaft

Die Neue Institutionenökonomik liefert mit dem Diktatormodell des "stationären Banditen" eine Anleitung zum Verständnis der inneren Systemlogik der administrativen Kommandowirtschaft. Zur Festigung seiner Macht musste Stalin als Diktator wirtschaftliche Erfolge vorweisen und sich zugleich unentbehrlich machen. Jede Berechenbarkeit seiner Entscheidungen hätte ihn ersetzbar und damit überflüssig gemacht. Zur öffentlichen Inszenierung seiner Bedeutung als Regulator der Wirtschaft bediente sich Stalin der Schiedsrichterrolle zwischen den widerstreitenden ökonomischen Interessen. Um Erfolge seines Handelns vorzeigen zu können, benötigte er die Erfüllung seiner Pläne. Zusätzlich diente die Aufdeckung von "Volksfeinden" als Beleg für seine Wachsamkeit und Unentbehrlichkeit.<sup>28</sup> Stalin war deshalb auf fähige Betriebsleiter angewiesen, die seine Planbefehle ausführten. Diese konnten sich im Erfolgsfall im Gegenzug weitgehend darauf verlassen, nicht gefragt zu werden, wie sie die Befehle ausgeführt hatten. Angesichts der Unvollkommenheit der Pläne war dies ohne die Nutzung korrupter Praktiken nicht möglich.

▲ 23

Die Wirtschaftspläne stellten für die Betriebe Produktionsbefehle dar, gewissermaßen revolutionäre Kampfaufgaben, für deren Erfüllung der Direktor persönlich haftete. Bei Nichterfüllung des Plans drohte ihm die Ablösung und Bestrafung als Volksfeind und Saboteur. Das Dilemma ergab sich daraus, dass sich der Direktor weder auf das vollständige noch das rechtzeitige Eintreffen der in den Plänen ausgewiesenen Zulieferungen verlassen konnte. In der Praxis waren Klagen über ausbleibende Zulieferungen zwecklos. Sie bargen zudem ein hohes Risiko, als Querulant zu gelten und Repressionen ausgesetzt zu sein. Die alternative Strategie, auf korrupte Praktiken zurückzugreifen, um die Erfüllung des erteilten Produktionsbefehls vermelden zu können, versprach mehr Erfolg. Das Risiko einer fast immer mit der Ablösung endenden externen Kontrolle war gering, wenn die Direktoren die Produktionsbefehle erfüllt hatten. Dabei kam ihnen zu Hilfe, dass zur Messung der Planerfüllung die in Wert ausgedrückte Bruttoproduktion diente, so dass die Untererfüllung einzelner Positionen durch die Übererfüllung anderer ausgeglichen werden konnte.<sup>29</sup> Die Repressionsdrohung des Diktators schweißte zudem Betriebsdirektoren und Ministerien bis hinauf zum Minister zusammen. Da diese bei der Nichterfüllung der ihnen erteilten Produktionsbefehle ebenfalls mit Strafen rechnen mussten, waren sie bei internen Kontrollen bemüht, erfolgreiche Direktoren unter ihren persönlichen Schutz zu stellen.<sup>30</sup>

▲ 24

Die Betriebsdirektoren setzten die korrupten Praktiken im öffentlichen Interesse ein, denn sie dienten vorrangig dazu, die zur Produktion erforderlichen Ressourcen in die Hand zu bekommen, erfüllbare ("weiche") Pläne auszuhandeln und bei der Meldung der Produktionsergebnisse die Erfüllung des Plans suggerieren zu können. Zu den Strategien, die Pläne trotz ihrer eklatanten Mängel zu erfüllen, gehörte das Horten von Vorräten und Arbeitskräften, um das zeitweilige Ausbleiben von Zulieferungen überbrücken zu können. Eine zweite Strategie bestand in der Nutzung des Schwarzmarkts: Schieber wurden beauftragt, bestimmte Rohstoffe oder funktionierende Maschinen zu besorgen. Die Bestechungsgelder wurden aus den Lohnfonds abgezweigt, durch Umwandlung der eingeräumten Kredite in Geld oder durch Einnahmen aus der eigenen Belieferung des Schwarzmarkts erlangt. Die dritte Strategie bestand im Aushandeln der Pläne mit den übergeordneten Kontrollinstanzen der Ministerien. Die so entstehenden informellen Netzwerke bildeten bis zum Ende der Sowjetunion das entscheidende Rückgrat der zentralen Kommandowirtschaft. Für die unter diesen Bedingungen arbeitenden Direktoren wurden diese Verhaltensweisen kulturprägend. Die Fähigkeit, über sein Netzwerk "weiche" Pläne auszuhandeln, war entscheidend für den Erfolg eines Direktors. Sein Informationsmonopol über die tatsächlichen Verhältnisse in seinem Betrieb erlaubte ihm, die Meldungen über die Planerfüllung zu manipulieren.<sup>31</sup> Der Nutzen für potentielle Kunden spielte grundsätzlich keine Rolle. In den eigentlichen Funktionsmechanismus der Kommandowirtschaft war nur eine kleine Gruppe von Führungskräften einbezogen.

▲ 25

Obwohl nach außen suggeriert wurde, Stalin lenke die Produktion mit seinen Befehlen, war die Kommandowirtschaft tatsächlich in keiner Weise geeignet, Prioritäten zu setzen. Die zentralen Regelungen über die Zuteilung von Ressourcen hatten mit der Realität wenig gemein. Erst die nicht von oben steuerbare Umverteilung der Ressourcen über die korrupten Praktiken bestimmte, welcher Betrieb zu welchem Zeitpunkt erforderliche Ressourcen erhielt und ob die gelieferten

Maschinen tatsächlich funktionierten. Begehrte Ressourcen landeten bei den fähigsten Organisatoren, nicht notwendigerweise bei den mit Priorität zu versorgenden Betrieben. Wenn Betriebe der Schwer- und Rüstungsindustrie bei dieser horizontalen Umverteilung dennoch erfolgreicher waren als Betriebe der Leicht- und Lebensmittelindustrie, so ist das auch auf die drastischen Unterschiede im Lohnniveau zwischen den Branchen zurückzuführen. Hohe Gehälter lockten die fähigsten und risikofreudigsten Manager auf Direktorenposten in die Schwer- und Rüstungsindustrie. Ihre zudem besonders reichlich bemessenen Lohnfonds verschafften ihnen bei der Speisung der schwarzen Kassen für die Schattenwirtschaft Vorteile.<sup>32</sup> Auch die Kommandowirtschaft war also auf risikofreudige Unternehmer angewiesen, nur dass diese sich eben nicht am Markt, sondern in informellen Netzwerken durchzusetzen hatten.

▲ 26

Die Etablierung der administrativen Kommandowirtschaft in der Sowjetunion verlief Anfang der 1930er Jahre nicht ohne Krisen. Der Diktator musste zunächst lernen, dass er seine Produktionsbefehle nicht zu hoch schrauben durfte, um ihnen nicht jegliche Wirksamkeit zu nehmen. "Bacchantische" Produktionsbefehle verschuldeten 1929 und 1930 einen dramatischen Abfall des wirtschaftlichen Wachstums, das 1932 nahezu auf Null sank.<sup>33</sup> Vor dem Hintergrund der sich in der Weltwirtschaftskrise ausdrückenden Krise des Kapitalismus gelang es allerdings, dies vor der Weltöffentlichkeit zu vertuschen, zumal die meisten Pläne fortwährend geändert wurden und zu diesem Zeitpunkt eine Vielzahl von neuen Großbetrieben aus dem Boden gestampft wurde. Erst die pragmatische Korrektur des Jahres 1931 schuf Spielregeln, an denen sich die Handelnden in der Folgezeit orientieren konnten.<sup>34</sup> Tatsächlich begann die Bevölkerung bereits in den 1930er Jahren, korrupte Praktiken im Überlebenskampf zu nutzen. Trotz aller Sanktionsdrohungen war es unerlässlich, sich über seine *blat*-Netzwerke ("Freundeskreise") den Zugang zu lebensnotwendigen Waren zu sichern. Sonst nicht erhaltliche Dinge ließ man aus den Betrieben mitgehen.<sup>35</sup>

▲ 27

## Die Funktionsweise des Kolchossystems unter Stalin

Die Kollektivlandwirtschaft erlaubte es Stalin, nach außen zu suggerieren, alles stehe unter seiner Kontrolle: Die Kolchosen mussten die staatlichen Anbau- und Tierproduktionspläne beachten, die Ablieferung richtete sich nach der vom Plan vorgeschriebenen, nicht der faktischen Aussaat. Der zwangsweise Zusammenschluss der Bauern in Kolchosen erhöhte zwar nicht die Agrarproduktion, erleichterte aber dem Staat ihren Abzug. Tatsächlich konservierte die Kollektivlandwirtschaft aber Rückständigkeit: Der erzwungene "Marktanteil" war zwar hoch, doch der Staat vermittelte keinen Anreiz zur Steigerung der Produktion. Die Stagnation der Agrarproduktion unter Stalin war auch darauf zurückzuführen, dass eine Produktionssteigerung angesichts der nicht kostendeckenden Preise nur die Betriebsverluste erhöht hätte.

▲ 28

Die offizielle Beschreibung des Kolchossystems spottete der Realität: Stalin sprach schon 1931 davon, dass der Kolchos die Bauern wohlhabend gemacht habe und die Kolchosniki kein anderes Interesse verfolgten, als das Land mit Lebensmitteln zu versorgen; nur einzelne böswillige Saboteure störten dieses Bild trauter Eintracht.<sup>36</sup> Tatsächlich herrschte in den Kolchosen bitterste Armut, und es fehlte an ausreichenden Lebensmitteln. Zum Abzug der Ernte und zum Einzug der Steuern mobilisierte der Staat jedes Jahr seinen Repressionsapparat. Der Kolchosvorsitzende hatte vor allem Kontrolle über die Kolchosniki und die Kolchosproduktion auszuüben. Zugleich hatte er eine "Sündenbockfunktion" zu erfüllen: Sowohl die Kolchosniki als auch das Regime schrieben ihm die Schuld für alle möglichen Fehler zu.<sup>37</sup>

▲ 29

Ähnlich wie die Kommandowirtschaft benötigte auch das Kolchossystem korrupte Praktiken, andernfalls waren das Überleben der Agrarproduzenten und damit die Fortsetzung der Agrarproduktion in Frage gestellt. Obwohl das Gesetz über den "Schutz des sozialistischen Eigentums" – die Rede ist von den Produkten der Arbeit der Kolchosniki – die Todesstrafe auf Mundraub zuließ, diktierte das Überlebensinteresse den Kolchosniki, trotzdem Produkte vom Feld zu stehlen und sich so häufig wie möglich der Arbeit im Kolchos zu entziehen. Die scheinbar hohen Zahlen der hart Bestraften relativieren sich, wenn man in Rechnung stellt, dass praktisch alle Kolchosniki vom Feld stahlen. Während sonst mit Gewissheit Hunger drohte, war das Risiko, dafür bestraft zu werden, eher zu vernachlässigen. Auch moralisch sahen sich die Kolchosniki im Recht, sich einen Teil der Produktion ihres Kolchos anzueignen, weil der Staat sie praktisch nicht bezahlte.<sup>38</sup>

▲ 30

Allein staatlicher Zwang ermöglichte den Fortbestand der Kollektivlandwirtschaft. Sie "neutralisierte" die Bauern in ihrem Überlebenskampf, dessen Regeln sie festsetzte. Nach der Etablierung des Kolchossystems gab es trotz der erbärmlichen Lebensumstände der Kolchosniki keine nennenswerten Unruhen. Dafür war entscheidend, dass die Repressionen nicht dauerhaft, sondern nur punktuell während des Einzugs der Agrarproduktion zur Anwendung kamen. Die Vielzahl der Zwangsablösungen erschütterte den Herrschaftsapparat.

▲ 31

## Sowjetisierung nach dem Zweiten Weltkrieg: Was hatte die Sowjetunion zu bieten?

Wie war es möglich, dass zwei so wenig für die Erzielung von wirtschaftlicher Effizienz und der Vermittlung von Anreizen zur Steigerung von Produktion und Qualität geeignete Produktionsregime wie die administrative Kommandowirtschaft und die Kollektivlandwirtschaft nicht nur Ende der 1940er Jahre in die osteuropäischen Länder exportiert wurden, sondern sich dort genauso wie in der Sowjetunion selbst bis Ende der 1980er Jahre halten konnten? Allein mit Zwang ist das nicht zu erklären. Wir müssen auch fragen, was die Sowjetisierung mit ihrer Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft der Masse der Bevölkerung zu bieten hatte.

▲ 32

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs stand ganz Europa vor der Herausforderung, den Technologierückstand zu den USA aufzuholen und die vorhandenen Strukturen in Wirtschaft und Landwirtschaft zu modernisieren. Dabei bestand in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Verunsicherung über die beste Gestaltung der Wirtschaftsordnung. Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise war das Vertrauen in den Kapitalismus und das uneingeschränkte Wirken von Marktkräften erschüttert. Die schnelle Industrialisierung der Sowjetunion, die durch ihren Sieg im Zweiten Weltkrieg unter Beweis gestellt war, erschien als Kontrastbild zur Krisenanfälligkeit der anderen Volkswirtschaften.<sup>39</sup> Dass der Wirtschaftsaufschwung genauso wie unter dem Nationalsozialismus auf einer reinen Rüstungskonjunktur beruhte, blieb dabei außer Acht.

▲ 33

Die Sowjetisierung wurde nach 1945 durch individuelle Erfahrungen beeinflusst. Der Weltkrieg gab Gelegenheit dazu, die wirtschaftliche Leistung des jeweils anderen Regimes in den Blick zu nehmen. Viele Soldaten hatten den trostlosen Zustand der sowjetischen Landwirtschaft mit eigenen Augen gesehen. Umgekehrt sahen Millionen sowjetischer Staatsbürger als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder bis Berlin vorrückende Rotarmisten die wirtschaftlichen Verhältnisse westlich der sowjetischen Grenze.<sup>40</sup> Wenig ist darüber bekannt, in welchem Maße dies ihr sowjetisches Weltbild erschütterte. Ihre Erfahrungen waren unter Stalin unerwünscht. Er unterband mit neuerlichem Terror und Aufopferungsverlangen die Hoffnung auf eine Liberalisierung. Das grobe Wissen um den realen Zustand der Kollektivlandwirtschaft in der Sowjetunion trug nachhaltig zur Ablehnung dieser Betriebsform durch breite Bevölkerungskreise in Osteuropa bei.<sup>41</sup> In vielen Staaten forderten linke Parteien und Gewerkschaften eine Verstaatlichung der Schwerindustrie und sympathisierten mit den Ideen einer planmäßigen Lenkung der Wirtschaft. Sie billigten dem Staat eine aktivere Rolle im Wirtschaftsprozess zu.<sup>42</sup>

▲ 34

Der Übertragung des Modells der Kommandowirtschaft und der Kollektivlandwirtschaft ging weder eine Analyse ihrer tatsächlichen Funktionsweise noch ihrer Errungenschaften voraus. Die sowjetische Propaganda betonte die Fortschrittlichkeit dieser Organisationsformen. Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Beschreibung litt bedingt unter der Diskrepanz zur Realität: der offensichtliche Mangel in der Sowjetunion gegenüber dem Überfluss in den USA; die Propagierung mechanisierter Agrar Großbetriebe trotz des krassen Mangels an Agrartechnik.

▲ 35

## Phasen der Sowjetisierung ab 1945

Die Politik in den ersten Nachkriegsjahren unterschied zwischen den Territorien, die vor 1939 zur Sowjetunion gehörten, den in das sowjetische Territorium eingegliederten annektierten Gebieten, und den 1945 unter sowjetischen Einfluss gelangenden osteuropäischen Staaten. Während des Kriegs war das Kolchossystem auch aus Gründen des Machterhalts etwas gelockert worden. Die über Gerüchte in Aussicht gestellte Liberalisierung der Agrarpolitik wurde nicht eingelöst.

Auf dem Territorium von 1939 wurden sofort nach Kriegsende die Kolchose wiederhergestellt und die Hoflandflächen reduziert. In den annektierten Gebieten erfolgte die Kollektivierung Ende 1947 nach sowjetischem Muster einschließlich der Deportation der wohlhabenderen Bauern, der "Kulaken".<sup>43</sup> In den osteuropäischen Ländern setzte die definitive Sowjetisierung von Wirtschaft und Landwirtschaft dagegen erst 1948/1949, (→ Medien Link #ap) in der DDR aufgrund der Offenheit der Deutschen Frage erst 1952 ein.

▲ 36

Die erste Phase der Politik in Osteuropa war also bis 1948 noch nicht auf Sowjetisierung ausgerichtet. Die Sowjetunion konzentrierte sich in allen osteuropäischen Staaten zunächst auf die Eroberung der politischen Macht, indem sie häufig verdeckt mit Terror und Diskreditierung von Politikern die Weichen zur Machtübernahme der Kommunisten stellte. Damit gelangten in allen Ländern Personen in die Regierungen, die das sowjetische Modell uneingeschränkt befürworteten.<sup>44</sup> Zur Strategie der Machtsicherung gehörte auch das Werben um die Bevölkerung. Aus herrschaftslegitimatorischen Gründen wurden nur wenige Elemente des sowjetischen Ablaufschemas bereits in dieser Phase implementiert: die Bodenaufteilung (→ Medien Link #aq) in der Landwirtschaft und eine zumeist beschränkte Verstaatlichung der Schwerindustrie, wobei sich die Enteignungen, soweit sie nicht wie in der Tschechoslowakei und Jugoslawien im Zuge einer "Selbstsowjetisierung" betrieben wurden, vor allem legitimitätsheischend gegen Kollaborateure und Kriegsverbrecher richteten.<sup>45</sup> Dass die Bodenaufteilung selbst dort erzwungen wurde, wo bei vorherigen Bodenreformen schon der gesamte Großgrundbesitz beseitigt worden war, deutet auf die Dogmatisierung des sowjetischen Modells hin.<sup>46</sup>

▲ 37

Bei der Übertragung des sowjetischen Ablaufschemas sind nur geringfügige Modifikationen festzustellen. So wurde die Bodenaufteilung in keinem osteuropäischen Land mit einer "Nationalisierung" des Bodens verbunden. Das trug der deutlich anderen Einstellung der osteuropäischen Bauern zum Privateigentum Rechnung. Die Bodenaufteilung sollte vor allem für die Sowjetmacht werben und keinen Traditionsbruch erzwingen. Die Herrschaftslegitimation hatte zu diesem Zeitpunkt unbedingten Vorrang. Auch das Bodenreformland wurde in der Regel als persönliches Eigentum der Neusiedler eingetragen.<sup>47</sup> Die später erstellten Satzungen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hoben das Privateigentum am Boden nicht auf. Mit Abschluss der Kollektivierung verlor dieser Rechtstitel aber jede Bedeutung, da die Eigentümer über den in die LPGs eingebrachten Boden nicht länger verfügen konnten.<sup>48</sup>

▲ 38

In der Wirtschaftspolitik wurde zunächst am Status quo festgehalten. Vorrang hatten Maßnahmen zur Überwindung der Versorgungskrise und zur Wiederherstellung der Vorkriegsproduktion. Zu diesem Zeitpunkt war das politische Schicksal Osteuropas noch bedingt offen. Man knüpfte an dem vorgefundenen Bewirtschaftungssystem an, das Ähnlichkeiten mit der Zentralverwaltungswirtschaft aufwies. So basierte die Pflichtablieferung von Agrarerzeugnissen in der DDR auf dem Erfassungssystem der Kriegswirtschaft und schrieb die Ablieferung bestimmter Mengen je Hektar vor.<sup>49</sup> Dennoch gelang es zunächst nicht, die elementarsten Lebensbedürfnisse zu decken. Ein staatlicher Apparat zur Lenkung und Behörden zur zentralen Verwaltung der Wirtschaft koordinierten die Wiederaufbaumaßnahmen. In den meisten Ländern wurden Enteignungen in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen fortgesetzt; Mittel- und Kleinbetriebe und das Handwerk blieben in der Regel aber noch verschont. Die Einladung auch der osteuropäischen Staaten zur Teilnahme an der Marshall-Plan-Konferenz setzte Moskau im Sommer 1947 unter Zugzwang. Gegebene Zusagen mussten wieder zurückgezogen werden. Der sogenannte "Molotovplan" und die Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe waren die Antwort. Die Untätigkeit dieser Institution bis zu Stalins Tod demonstrierte Ratlosigkeit und mangelnde Ressourcen, um den neuen Blockländern unter die Arme zu greifen, ähnlich wie die USA es taten. Stalins Denken war auf Autarkie gerichtet. Er verfügte über kein Konzept, den Handel innerhalb des Blocks zu nutzen, um Wachstum zu erzielen.<sup>50</sup>

▲ 39

Die Sowjetisierung wurde nicht nur von außen aufgezwungen, sondern auch von den an die Macht gebrachten Kommunisten in den einzelnen Ländern befürwortet. Sie drängten zur Kopie des sowjetischen Vorbildes, wobei sie die Übertragung der Kommandowirtschaft vorbehaltloser anstrebten als die Kollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Auch vielen Kommunisten war bewusst, dass es nicht einfach sein würde, die Bauern von den Vorteilen der Kollektivlandwirtschaft zu überzeugen.<sup>51</sup> In der ersten Phase bremste Stalin die Kommunisten und untersagte ihnen, direkte Sowjetisierungsmaßnahmen einzuleiten oder offen von der Absicht zu sprechen, die Landwirtschaft zu kollektivieren. Nur in Südosteuropa, wo Tito (1892–1980) (→ Medien Link #ar) von Beginn an ein Konzept der "Selbstsowjetisierung" verfolgte, begann die Kollektivierung ebenso wie in Bulgarien und Albanien schon 1945/1946. Diese eigenmächtige Art sollte 1948 zum Bruch mit Tito führen. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass diese hinhaltende Politik ein Ausdruck von National-

kommunismus war, also die Suche nach einem eigenen, wirtschaftskulturell angemessenen Weg der einzelnen Länder in den Kommunismus. Auch bei selbstständigeren Entscheidungen war nie der Kurs auf eine faktische Sowjetisierung strittig. Der Eindruck, es habe sich um Nationalkommunismus gehandelt, entstand erst nachträglich. Denn ab 1948/1949 verband Stalin mit dem Beginn der Sowjetisierung eine empfindliche ideologische Verschärfung, nicht zuletzt um Misstrauen zu säen. Dadurch gerieten genau diejenigen kommunistischen Führer in die Angriffslinie, die, wie der polnische Parteichef Władysław Gomułka (1905–1982) (→ Medien Link #as), Stalins flexible Politik mit der Scheindistanzierung vom sowjetischen Modell umgesetzt hatten.<sup>52</sup>

▲ 40

Der Übergang in die zweite Politikphase von 1948/1949 bis zu Stalins Tod 1953 erschien als abrupte Kehrtwende. Dass mit Ausnahme der DDR alle osteuropäischen Länder jetzt die gleichen Politikmaßnahmen nach sowjetischem Muster durchführten, verstärkte den Eindruck einer von Moskau diktierten "Sowjetisierung". Es handelte sich dabei um die formale Übertragung sowjetischer Politikinhalte und des sowjetischen Ablaufmodells. Alle Länder begannen jetzt, administrative Kommandowirtschaften einzurichten und das sowjetische Modell der forcierten Industrialisierung in Fünfjahrplänen zu kopieren. Diese liefen zu Beginn der 1950er Jahre an. (→ Medien Link #at) Der Umbau zur sozialistischen Wirtschaft sollte schnellstmöglich abgeschlossen werden. Die Länder brachten dazu 1948/1949 die Verstaatlichung der Wirtschaft schnell zum Abschluss und bezogen dabei nun auch – mit unterschiedlicher Untergrenze: 10 Beschäftigte in Ungarn, 50 in Polen – Klein- und Mittelbetriebe ein. Alle Länder verfolgten das Ziel, wirtschaftliche Autarkie zu erreichen. Dabei setzten sie auf den unbedingten Vorrang der Schwer- und Grundstoffindustrie vor der Konsumgüterindustrie. Die Kapitalakkumulation basierte auf einem vom Staat erzwungenen Konsumverzicht, und der Handel wurde als parasitärer Bereich eingestuft.<sup>53</sup>

▲ 41

Das hervorstechende Element dieser Phase war die schematische Orientierung an der dogmatisierten Übertragung eines vorgeblich sowjetischen Verlaufmodells. Dabei waren die Unterschiede in der Ausgangssituation zwischen den einzelnen osteuropäischen Ländern gravierend, etwa der Grad der Industrialisierung, die Qualifikation der Arbeitskräfte und ihre Verteilung auf die Wirtschaftssektoren. Den Anweisungen fehlte jede Flexibilität. Lernprozesse waren nicht zu beobachten, denn selbst Politikelemente, die wie die Kollektivierung eine verheerende Vernichtung von Ressourcen bewirkt hatten, wurden nicht ausgenommen.

▲ 42

Während sich die Übertragung der administrativen Kommandowirtschaft für die Bevölkerung weitgehend im Verborgenen abspielte, waren die Menschen von den implementierten Politikinhalten sofort und elementar betroffen. Von dem hohen industriellen Wachstum profitierte fast ausschließlich die Schwer- und Grundstoffindustrie. Nachdem die in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgte Politik in allen Ländern die Versorgungslage der Bevölkerung verbessert hatte und erlaubte, sich der Vorkriegsproduktion wieder anzunähern, kam der Erholungsprozess nun abrupt zu einem Ende. Der Politikwechsel schlug sich in drastischem Konsumverzicht und in einem fühlbaren Einbruch des Lebensstandards nieder. 1952/1953 kam es in vielen Staaten zu Versorgungsengpässen.<sup>54</sup>

▲ 43

Ende 1948 wurde auch der Beginn der Kollektivierung erzwungen. Sie folgte ebenfalls dem sowjetischen Ablaufschema. Zunächst musste der "Klassenkampf" auf dem Lande vorangetrieben werden, bevor in einem zweiten Schritt eine Beitrittswelle in die LPGs zu beginnen hatte. Der "Klassenkampf" beruhte auf Justizterror: Massenhaft wurden Bauern wegen der Nichterfüllung der hohen Ablieferungsverpflichtungen bestraft. Dabei wurde bewusst angestrebt, dass die Großbauern durch die unter den Produktionskosten liegenden Staatspreise in den wirtschaftlichen Ruin getrieben wurden. Vielfach kam es zu Verhaftungen und zur Konfiskation des Besitzes. Das traf selbst dort auf den erbitterten Widerstand der ländlichen Bevölkerung, wo wie in Südosteuropa die Kollektivierung schon 1945 begonnen hatte. Dass der Druck zur Kollektivierung in keinem der betroffenen Länder zu einer ähnlichen Ressourcenvernichtung wie in der Sowjetunion führte, ist darauf zurückzuführen, dass sich der Prozess länger hinzog. Außerhalb des sowjetischen Territoriums war es nicht möglich, die Großbauern zu deportieren. Der Widerstand der weniger vom Justizterror betroffenen Klein- und Mittelbauern konnte trotz des Terrors in vielen Ländern nicht gebrochen werden. Sie traten nur zögerlich oder – wie in Polen – praktisch gar nicht in die LPGs ein.<sup>55</sup>

▲ 44

Der Zustand der sowjetischen Landwirtschaft Ende der 1940er Jahre kann nicht erklären, warum Stalin die osteuropäischen Staaten zwang, das Modell der Kollektivlandwirtschaft auf ihre Länder zu übertragen. In Osteuropa fehlten Ende der 1940er Jahre alle wirtschaftskulturellen Voraussetzungen zur Übertragung dieses Modells. Die osteuropäischen Bauern sahen den Boden als Privateigentum an. Es war undenkbar, sie in einen an die Leibeigenschaft erinnernden Rechtsstatus zurückzusetzen, wie ihn die sowjetischen Bauern in Fortführung der staatlichen Zwangsorganisation der Umverteilungsgemeinde zu erdulden hatten. Ein freiwilliger Beitritt der Bauern zu den LPGs war nicht zu erwarten, wenn diese ihnen nur unbezahlte Zwangsarbeit boten. Übertragen wurde deshalb nicht die Funktionsweise des sowjetischen Kolchos, sondern lediglich das nach dem Zweiten Weltkrieg geltende sowjetische Ablieferungsregime.<sup>56</sup> Der gegen die Großbauern ab 1949 eingesetzte Justizterror verschlechterte allerdings die Ernährungssituation und gefährdete damit die Herrschaftsausübung der Kommunisten. Aus der DDR flohen von der Verhaftung bedrohte und ruinierte Bauern in den Westen.

▲ 45

Die in allen osteuropäischen LPG-Satzungen garantierte persönliche Nebenwirtschaft hatte es während der Kollektivierung in der Sowjetunion nicht gegeben. Sie war Anfang 1930 ein Zugeständnis an die protestierenden sowjetischen Bäuerinnen gewesen. Ihre Förderung begann Ende 1932 mit der Etablierung des Kolchossystems in Reaktion auf die Hungersnot; 1935 wurde sie in der Satzung detailliert festgeschrieben. Indem alle LPG-Satzungen den Mitgliedern von Beginn an Hofland zur Selbstversorgung und zur Erzielung von Zusatzeinkommen durch Vermarktung zugestanden, reflektierten sie das Scheitern der Kollektivierung in der Sowjetunion. Indirekt war das ein Eingeständnis, dass die Kolchosproduktion allein nicht die Ernährung sichern konnte und der Ergänzung durch private Nebenwirtschaften bedurfte. Damit wurden auch die LPGs zunächst nicht als Agrargroßbetriebe konzipiert, die alle Produktionszweige umfassten.<sup>57</sup>

▲ 46

Der Mangel an Arbeitskräften zwang die DDR bereits 1952, eine dem sowjetischen Vorbild diametral entgegengesetzte Position in der Einkommenspolitik zu beziehen. Den LPG-Mitgliedern wurde ein fester Mindestwert der Arbeitseinheit garantiert, der in etwa dem Lohn eines Industriearbeiters entsprach. Außerdem wurden sie in die staatliche Sozialversicherung einbezogen.<sup>58</sup> Die LPG-Mitglieder in der DDR verspürten deshalb nie am eigenen Leib, was es hieß, ein "Kolchosnik" zu sein. Ihnen blieb die soziale Entrechtung und Diskriminierung gegenüber Industriearbeitern erspart.

▲ 47

Es greift zu kurz, diese Abweichung alleine mit ökonomischen Zwängen zu erklären. Eine entscheidende Rolle spielte, dass sich einige Ökonomen und Kommunisten in DDR für qualifizierter als die Russen hielten, die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus zu lösen. Dieses Überlegenheitsgefühl ist bei der Ausprägung des LPG-Systems in der DDR unverkennbar. Den Verantwortlichen war der armselige Zustand der Kolchosen bekannt. Sie konstruierten in Grundzügen schon 1952 ein Gegenmodell, das nicht nur den spezifischen Bedürfnissen der DDR Rechnung trug, sondern auch Stalins Ausbeutung der Bauern beendete.

▲ 48

Der Tod Stalins stellte die Sowjetisierungspolitik nach dem Muster der dogmatischen Übertragung des sowjetischen Ablaufmodells unmittelbar in Frage. Die neue sowjetische Führung diktierte der DDR und Ungarn den "Neuen Kurs", der die bisher verfolgte Politik abrupt beendete. Beide Parteiführungen wurden in der ersten Junihälfte 1953 nach Moskau zitiert, weil sie noch an Stalin Bittbriefe um sowjetische Lebensmittellieferungen gerichtet hatten. Die Gespräche zeigten, wie sehr die neuen Führer vom bisherigen Konzept der Sowjetisierung abrückten. Vor den verutzten Kommunisten aus Berlin und Budapest übten sie offene Kritik an Stalins Autarkiepolitik und am forcierten Aufbau der Schwer- und Grundstoffindustrie auf Kosten des Konsums. Scharf verurteilten sie den massenhaften Justizterror gegen die Landbevölkerung zur Erzwingung des LPG-Beitritts. Geheimdienstchef Lavrentij Berija (1899–1953) (→ Medien Link #au) stellte sogar die Kollektivierung der Landwirtschaft überhaupt in Frage.<sup>59</sup>

▲ 49

Die anderen osteuropäischen Länder blieben vor ähnlichen Diktaten zur Änderung ihrer Politik verschont. Auch hier entspannte sich aber zumindest die Atmosphäre. Die weitere Kollektivierung wurde mit weniger Nachdruck betrieben und geriet ins Stocken. Eine Korrektur der Wirtschaftspläne setzte ein, die den Primat der Schwerindustrie zumindest abschwächte. Die Moskauer Führung handelte auf der Grundlage von Geheimdienstberichten. Stalins Sowjetisierungskurs hatte in vielen osteuropäischen Ländern zu erheblichen Unruhen in der Bevölkerung geführt, so dass Moskau einen

Machtverlust befürchtete. Paradoxerweise führte dann aber gerade die Liberalisierung am 17. Juni 1953 in der DDR zu dem ersten Volksaufstand, (→ Medien Link #av) weil Walter Ulbricht (1893–1973) (→ Medien Link #aw) an der Erhöhung der Arbeitsnormen festhielt. Die Aufstände nach Chruščevs Geheimrede 1956 in Ungarn (→ Medien Link #ax) und Polen waren eine Abrechnung mit dem stalinistischen Kurs, der in Polen bruchlos und in Ungarn durch Mátyás Rákosi (1892–1971) (→ Medien Link #ay) – nach Georgij Malenkovs (1902–1988) (→ Medien Link #az) Sturz in der Sowjetunion – fortgesetzt worden war.

▲ 50

Stalins Tod leitete zu einer dritten Phase der Sowjetisierungspolitik über. Während bis 1953 eine nennenswerte Prägung des Verhaltens der Bevölkerung nicht zu beobachten war, begann die Fortsetzung der Sowjetisierung bei deutlich abgeschwächtem Zwang und Terror nun, wesentlich tiefgreifender das Verhalten und die Einstellungen der Bevölkerung zu prägen. Diese fing an, sich unter den neuen Bedingungen einzurichten und sich an sie anzupassen.<sup>60</sup> Die Sowjetisierung war jetzt nicht länger eine Einbahnstraße in Form eines sowjetischen Diktats. Immer stärker kam es zum Austausch zwischen gleichgesinnten Regierungen und Spezialisten, die ähnliche Ziele verfolgten. Die gemeinsamen Grundüberzeugungen der kommunistischen Führer und ihre ideologisch getrübe Wahrnehmung der Realität sorgten dafür, dass es zu keiner grundlegenden Korrektur der Sowjetisierungspolitik kam. Trotz ihrer offensichtlichen Schwächen hielten die Parteiführer unbeirrt an der administrativen Kommandowirtschaft und der Kollektivlandwirtschaft fest. Der politische Gestaltungsspielraum wurde kaum genutzt. Das zeigte sich auch in der Agrarpolitik, in der unter Stalin die Übertragung des sowjetischen Modells nicht abgeschlossen worden war. Nur in Bulgarien und der Tschechoslowakei war der Zusammenschluss der Bauern in LPGs vergleichsweise weit vorangekommen. Dagegen trat in Polen, Ungarn oder der DDR trotz des Terrors nur ein geringer Anteil der Altbauern den LPGs bei. Dennoch rückte mit Ausnahme Jugoslawiens kein Land von dem Modell der Kollektivlandwirtschaft ab.<sup>61</sup> Dagegen gab die Sowjetunion unmittelbar nach Stalins Tod das Kolchossystem auf. Noch im Herbst 1953 verdreifachte sie im Schnitt die Agrarerzeugerpreise, um die soziale Diskriminierung der Kolchosniki zu beenden und ihnen einen wirtschaftlichen Anreiz zur Erhöhung der Produktion zu setzen.<sup>62</sup>

▲ 51

## Sowjetisierung im Bereich der Wirtschaft

Die schematische Übertragung der sowjetischen Industrialisierungskonzeption hatte sich unter den europäischen Rahmenbedingungen der 1950er Jahre potentiell als systemsprengend erwiesen. Nur Stalins Tod und die nun erfolgende Politikkorrektur hin zu einer stärkeren Konsumorientierung retteten die Regimes. Auch nach 1953 blieb die Wirtschaftspolitik in allen Staaten im Gleichklang, sodass weiterhin von einer Sowjetisierung gesprochen werden muss. Die modifizierten Politikinhalte wurden weiterhin bedingt von Moskau vorgegeben, beruhten aber stärker auf gemeinsamer Festlegung. Erst die Ölkrise in den 1970er Jahren gestaltete die Rahmenbedingungen für die osteuropäischen Staaten anders als für die Sowjetunion. Diese konnte Konsumorientierung durch Ölexporte gewährleisten. Das wurde in den osteuropäischen Staaten nicht bedacht, so dass sie mangels einer Ausgleichfinanzierung in eine systemgefährdende Verschuldung abrutschten, was letztlich, beginnend mit Polen, zur Auflösung des Sowjetblocks führte.<sup>63</sup>

▲ 52

Das entscheidende Element der Sowjetisierung bestand in der Übertragung der administrativen Kommandowirtschaft. Zu ihrem realen Funktionieren in den einzelnen Ländern liegen noch fast keine Studien vor. In allen Ländern wiesen die Planbefehle aber die gleichen gravierenden Mängel auf. Insbesondere stellten sie nicht die vollständige und rechtzeitige Anlieferung der zur Produktion erforderlichen Ressourcen sicher. Um ihre Planbefehle zu erfüllen, mussten auch hier die Betriebsdirektoren zu korrupten Praktiken greifen. Sie lernten schnell, dass qualitative Indikatoren gegenüber quantitativen grundsätzlich "weich" waren. Ein überhöhter Materialverbrauch zahlte sich bei der Planerfüllung durchweg aus und ersparte einem, die lästigen Pläne für Ersatzteile erfüllen zu müssen, die kaum zu dem Indikator "Wert" der Bruttoproduktion beitrugen. In allen administrativen Kommandowirtschaften war der verschwenderische Umgang mit den knappen Ressourcen festzustellen. Entsprechend niedrig lag die Arbeitsproduktivität. Daraus ist abzuleiten, dass sich sehr ähnliche Netzwerke wie in der Sowjetunion ausbildeten, wobei die Ministerien ihre erfolgreichen Betriebsleiter schützten. Das industrielle Management hatte kaum Probleme, sich an die Kommandowirtschaft zu gewöhnen und durch korrupte Praktiken wirtschaftlichen Erfolg auszuhandeln, statt sich dem Markt als unerbittlichem Richter zu stellen.<sup>64</sup>

▲ 53

Die Diskussion über die Wirtschaftsreform der 1960er Jahre ging in allen Staaten von typischen Problemen der Kom-

mandowirtschaft aus.<sup>65</sup> Dabei zeigte sich, dass die Sowjetisierung auch in der Wirtschaftspolitik nicht länger eine Einbahnstraße war. Über Landesgrenzen hinweg kam es zu einer Debatte unter den Ökonomen. Sie thematisierten die krassen Effizienzprobleme und die Unvollkommenheiten der Kommandowirtschaft.<sup>66</sup> Allerdings bezog sich die Erörterung auf die Symptome, nicht auf die systemischen Ursachen der Probleme. So wurde nicht angesprochen, warum sich unter der administrativen Kommandowirtschaft überhaupt korrupte Praktiken ausbilden konnten und was zu ihrer Überwindung erforderlich wäre. Die Verlagerung von mehr Rechten in die Betriebe erleichterte letztlich die Anwendung korrupter Praktiken. Dabei wurde fälschlicherweise unterstellt, die Betriebsdirektoren seien an der Erhöhung der Effizienz interessiert, obwohl die Spielregeln der Kommandowirtschaft von ihnen genau das Gegenteil verlangten.<sup>67</sup> Auch Fabriken, die extrem unwirtschaftlich arbeiteten, drohte kein Bankrott. Verhängte administrative Strafen konnten die Direktoren über ihre informellen Netzwerke leicht entschärfen.

▲ 54

Wenn die DDR nun eine Vorreiterrolle übernahm, indem sie mit der Implementierung der Reform bereits 1963 begann, kam darin zunächst noch verdeckt ein bei Ulbricht und einigen DDR-Ökonomen stark ausgeprägter Überlegenheitsanspruch zum Ausdruck. Dieser wurde offensichtlich, als Ulbricht 1968 die Parole "Überholen ohne einzuholen" ausgab und mit seiner Technologie- und Wachstums Offensive an dem ambitionierten Ziel Chruščevs festhielt, den Westen in kurzer Zeit zu überrunden. Nach Chruščevs Ablösung war in der Sowjetunion davon öffentlich nicht mehr die Rede. Die Verstimmung Leonid Brežnev (1906–1982) (→ Medien Link #b0) machte sich Erich Honecker (1912–1994) (→ Medien Link #b1) zunutze, um Ulbricht schließlich 1971 zu stürzen.<sup>68</sup>

▲ 55

Nach anfänglichen Erfolgen wurde die Reform in allen Staaten aus politischen Gründen aufgegeben. Von der Tschechoslowakei abgesehen, waren die kommunistischen Parteien nicht bereit, auf ihren Anspruch zu verzichten, in der Wirtschaft zu intervenieren. Mehrere osteuropäische Staaten stimmten 1968 für eine Militärintervention zur Beendigung des "Prager Frühlings". Überall erwiesen sich die Kommandowirtschaften als unfähig, den technologischen Fortschritt anzustoßen. Selbst beim Kopieren der aus dem Westen importierten Technologie versagten sie. Der Effekt der Wirtschaftsembargos des Kalten Krieges ist im Vergleich zu dem Schaden, den die Ressourcenverschwendung anrichtete, zu vernachlässigen.<sup>69</sup>

▲ 56

Das Interesse an der Fortsetzung der administrativen Kommandowirtschaften erwuchs aus der Tatsache, dass die kommunistischen Parteien wie zuvor Stalin mit ihrer Hilfe ihre Bedeutung und Unersetzbarkeit unter Beweis stellen konnten. Überall verkaufte die offizielle Beschreibung die Überwindung der "Marktanarchie" als Erfolg. Mit Argusaugen wachten die Parteiführer darüber, dass keine Lenkungsentscheidungen an die Märkte abgetreten wurden. Dieses vertrauensschaffende und systemstabilisierende Image erkaufte sich die Parteiführer durch Duldung der korrupten Praktiken. Diese bezogen nun allerdings einen zunehmend größeren Personenkreis ein, dem es immer mehr um persönliche Bereicherung als das Funktionieren des Wirtschaftssystems ging.<sup>70</sup>

▲ 57

Die administrative Kommandowirtschaft erschwerte es, Druck auf die Beschäftigten auszuüben, denen sie einen Minimallohn und einen Arbeitsplatz garantierte, weil der Bankrott unrentabler Betriebe ausgeschlossen war. Sie erlaubte dadurch vielen Beschäftigten, sich mit dem Regime zu arrangieren. Die auffällig niedrige Arbeitsproduktivität belegte die Ressourcenvergeudung genauso wie eine äußerst niedrige Arbeitsintensivität. Ein bescheidender Wohlstand in Relation zum Arbeitseinsatz führte dazu, dass sich die Beschäftigten gegen Reformen sträubten, die ihre Ruhe in Frage stellten. Die Bevölkerung tolerierte im Gegenzug die Nichteinlösung des ständig wiederholten Versprechens, die Qualität der Konsumgüter zu verbessern, zumindest solange die Regimes sie nicht dabei störten, sich einen Teil der versprochenen Konsumgüter mittels korrupter Praktiken zu beschaffen.<sup>71</sup>

▲ 58

## Sowjetisierung im Bereich der Landwirtschaft

Nach Stalins Tod wurde zeitweilig das System der Kollektivlandwirtschaft in Frage gestellt. In der DDR forderte 1956 der Leiter des Instituts für Agrarökonomie, Kurt Vieweg (1911–1976) (→ Medien Link #b2), die Streichung der Subventionen für die LPGs und trat für einen offenen Wettbewerb zwischen den LPGs und Privatbauern ein. Damit stellte er

das Ziel der Produktionssteigerung unter "optimalen Kosten" für den Staat über das der Umstrukturierung der Landwirtschaft.<sup>72</sup> Letztlich war aber keine osteuropäische Parteiführung bereit, von der Konzeption der Kollektivlandwirtschaft abzurücken. Allerdings wurde bei der Fortsetzung der Kollektivierung zunächst auf Zwang verzichtet. Um die Bauern zum Eintritt in die LPGs zu bewegen, setzte man auf Werbemaßnahmen und Vergünstigungen. (→ Medien Link #b3) Dabei wichen Ungarn und die DDR in einem weiteren, unter Stalin dogmatisierten Punkt vom sowjetischen Modell ab. Ende 1954 verzichteten sie auf die Ausgrenzung der Großbauern.<sup>73</sup> Gelang es, einen Großbauern von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen, zog das Beitritte anderer Bauern nach sich. Der Erfolg der LPGs nach 1960 war auch darauf zurückzuführen, dass Großbauern ihre Fachkompetenz einbringen konnten.

▲ 59

Aufgrund der Betonung der Freiwilligkeit traten die Bauern den LPGs nur äußerst zögerlich bei. Das schuf Probleme: Die Wirtschaftsfläche der LPGs änderte sich ständig, so dass eine vernünftige Lenkung der Betriebsentwicklung nicht möglich war. Besonders das lange Schwanken zwischen privatbäuerlicher und Kollektivlandwirtschaft bei politischer Bevorzugung der LPGs konnte nur negative Auswirkungen haben. Deshalb entschlossen sich mehrere Staaten schließlich Anfang 1960 dazu, die Kollektivierung unter massiver Druckausübung in wenigen Monaten abzuschließen, frei nach dem Motto "Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende".<sup>74</sup>

▲ 60

In der SBZ/DDR prägten die Bauern die LPGs bis zum Abschluss der Zwangskollektivierung nur wenig. Die Bodenreform war nicht von einem spontanen Handeln begleitet. Auch auf die Bestimmungen im LPG-Statut nahmen sie keinen Einfluss, wie dies in der Sowjetunion mit dem von den Bäuerinnen erkämpften Hofland der Fall gewesen war. Die Abweichungen vom sowjetischen Modell nahm vielmehr die SED-Führung 1952 selbst vor. Erst ab dem Frühjahr 1960 brachten die deutschen Bauern ihre Interessen ein. Nun verbreitete sich eine "Wir sitzen alle in einem Boot"-Stimmung. Sie versuchten das Beste aus einer Situation zu machen, die sie selbst nicht angestrebt hatten. Wichtig dabei war, dass die LPGs zu diesem Zeitpunkt noch überschaubare Strukturen hatten. In der Regel kannten die Mitglieder einander seit langem. Die Vorsitzenden stammten aus der lokalen Bauernschaft. Die durchschnittliche Qualifikation der Betriebsleiter war höher als in der Sowjetunion. Schwierige Fragen der Organisation wurden gemeinsam gelöst; die staatliche Bevormundung hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Grenzen. Die Konsolidierung wurde durch steigende Einkommen und die sozialpolitische Absicherung erleichtert, weil der Staat die Agrarproduktion mit erheblichen Mitteln subventionierte. Da die Bauern nie bedingungslos ausgepresst wurden, war das Entwicklungspotential der LPGs in der DDR genauso wie in den anderen osteuropäischen Staaten höher.

▲ 61

Das Modell der Kollektivlandwirtschaft musste bei Aufgabe der kleinlichen Bevormundung und Reglementierung durch die Partei keineswegs der bäuerlichen Landwirtschaft unterlegen sein. Tatsächlich finden wir in den LPGs Osteuropas ein relativ breites Spektrum unterschiedlicher Verhaltensweisen. Äußerlich ähnliche Institutionen unterschieden sich in ihrer praktischen Arbeit stark. Polen wies eindeutig die negativsten Kennzeichen auf, gerade weil hier die Kollektivierung nie zu Ende geführt wurde. Denn die polnischen Kommunisten hielten unbeirrt am Ziel der Kollektivierung fest und vernachlässigten die privaten Kleinbetriebe, die deshalb auf einem extrem niedrigen Niveau fast ohne Einsatz von Technik produzierten. Ungarn und die DDR demonstrierten dagegen die Möglichkeiten der Betriebsform und erzielten in den 1960er Jahren durchaus positive Ergebnisse. Ungarn konnte in den 1970er Jahren unter Nutzung des Spielraums für die Agrarpolitik die Vorzüge des Modells demonstrieren. Es stellte unter Beweis, dass die LPGs mit vernünftigen Preisen und importierten Betriebsmitteln sehr wohl konkurrenzfähig waren.<sup>75</sup> In der DDR versetzte allerdings ein neuerlicher Versuch, die Sowjetunion in der Kollektivlandwirtschaft zu übertrumpfen, die Landwirtschaft in den 1970er Jahren in eine schwere Krise mit explodierenden Kosten bei stagnierenden Erträgen. Die ideologisch fixierte Konzeption von der "industriemäßigen" Agrarproduktion des Sekretärs für Landwirtschaft, Gerhard Grüneberg (1921–1981) (→ Medien Link #b4), erzwang die Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion im Zuge einer weiteren Spezialisierung. (→ Medien Link #b5) Das Arbeiten auf ständig wechselnden Anbauflächen, das die Resultate der eigenen Arbeit unsichtbar machte, verführte zur Nachlässigkeit, zu der schon in den 1930er Jahren in der Sowjetunion gezeigten Verantwortungslosigkeit (*obezlička*).<sup>76</sup> Die mehrfache Änderung der Größen der erforderlichen Stallungen verursachte lediglich erhebliche Mehrkosten, denn die Milchleistung der Kuh stieg nicht mit der Stallgröße.<sup>77</sup>

▲ 62

Die Kollektivlandwirtschaft litt in allen Ländern unter Mängeln, die auf die administrative Kommandowirtschaft zurückzuführen waren. Diese stellte zu keinem Zeitpunkt die von den LPGs benötigte Technik bereit. Minderwertige und häufig

viel zu schwere Maschinen und das chronische Fehlen von Ersatzteilen belasteten die Kollektivlandwirtschaft. Für viele Arbeitsgänge wurden überhaupt keine Maschinen angeboten. Zu der mangelnden Qualität der Agrartechnik traten die Probleme durch desinteressierte Produzenten und die in den meisten Staaten nie nachlassende Bevormundung der Agrargroßbetriebe durch die Partei.

▲ 63

## Resümee: Die "Sowjetisierung" in transferegeschichtlicher Perspektive

Nur die Übertragung der Kommandowirtschaft führte also dazu, dass sich weitgehend ähnliche Formen und Verhaltensweisen herausbildeten. Sie betraf nur kleine Gruppen von Funktionären, die, den gleichen Mängeln und Zwängen ausgesetzt, auch vergleichbare Verhaltensweisen ausprägten. Alle osteuropäischen Volkswirtschaften wurden zu "Mangelwirtschaften" (János Kornai) mit den gleichen Defiziten. (→ Medien Link #b6) Die informellen Spielregeln, die das Funktionieren der Kollektivlandwirtschaft sicherstellten, sperrten sich gleichwohl gegen eine Übertragung. Die Sowjetunion hatte für die Landwirtschaft kein tragfähiges Modell anzubieten. Vielmehr musste nach Stalins Tod in gemeinschaftlicher Arbeit ein neues Konzept entwickelt werden, das sich in den Grundzügen am DDR-Modell von 1952 orientierte und die Kolchosniki stufenweise Arbeitern gleichstellte.<sup>78</sup> In allen Staaten ging man zur Subvention der Agrarproduktion über. Die Funktionsmechanismen der Kollektivlandwirtschaft blieben zu jedem Zeitpunkt von den wirtschaftskulturellen Voraussetzungen der einzelnen Länder geprägt.

▲ 64

Wenn es in allen Staaten nach Stalins Tod gelang, bei der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen in die Wirtschaftsordnung herzustellen, so ist das zum einen auf die Identifikationsmöglichkeiten mit dem ursprünglichen sowjetischen Modernisierungskonzept zurückzuführen, das in den 1920er Jahren entwickelt wurde. Dessen programmatischer Anspruch, zu dem die planmäßige Lenkung der Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit gehörten, hatte seine Attraktivität bewahrt. Darauf stützte sich die 1953 eingeleitete Konsumorientierung. Zum anderen ermöglichte das zur Aufrechterhaltung der administrativen Kommandowirtschaft erforderliche Tolerieren korrupter Praktiken den Menschen, sich unter den Regimebedingungen einzurichten und mit den Mängeln zu arrangieren. Ihren vergleichsweise bescheidenden Wohlstand sahen sie in Verbindung mit den sozialen Errungenschaften als Besitzstand an, den sie zu verteidigen bereit waren.<sup>79</sup>

▲ 65

Während die Russifizierung im Bereich der Wirtschaft als Adaption von aus dem Westen stammenden Konzepten und Ideen an die russischen Verhältnisse verstanden werden konnte, zwingt der Begriff "Sowjetisierung" zur Unterscheidung zwischen verschiedenen Ebenen des Transferprozesses. Er bezeichnet eine Rückübertragung von ursprünglich aus dem Westen entlehnten Ideen und Konzepten in veränderter Form. Dieser Prozess war politisch stark reglementiert, dennoch fehlte nicht nur ein "Generalplan", sondern auch eine die Folgen des Tuns reflektierende Instanz. Folgende Elemente des Transferprozesses konnten unterschieden werden:

▲ 66

1. die schnelle, gewaltsame Eroberung der politischen Macht, dadurch befanden sich in allen osteuropäischen Ländern Kommunisten in den Regierungen, die aus eigenem Antrieb die Sowjetisierung betrieben;

▲ 67

2. die enge Orientierung der gewählten Schritte unter Stalin an einem dogmatisierten sowjetischen Ablaufmodell, das fast keine Rücksicht auf nationale Besonderheiten nahm und Lernfähigkeit fast gänzlich vermissen ließ;

▲ 68

3. die äußerliche Übertragung sowjetischer Strukturen, Institutionen und Konzepte, deren offizielle Beschreibung in krassem Gegensatz zu ihrem realen Funktionsmechanismus stand und die insofern in den Transferländern etwas ganz anderes bedeuten konnte;

▲ 69

4. im Zeitverlauf wechselnde Formen der Politikgestaltung, die von der einseitigen Bevormundung, dem Handeln auf

spezifische sowjetische Anweisungen und Vorgaben bis hin zur gemeinsamen Suche und Ausformung der Politik reichen konnten;

▲70

5. die Sowjetisierung kultureller Praktiken, wobei sich durch das Leben und die Gewöhnung an die systemspezifischen Bedingungen ähnliche Verhaltensweisen und Einstellungen bei der Bevölkerung ausprägten.

▲71

Stephan Merl, Bielefeld

## Anhang

### Quellen

[Anonymus]: Der Bauernsowchos, in: Pravda vom 06.06. und 11.07.1928, o.S., abgedruckt in: Stephan Merl (Hg.): Sowjetmacht und Bauern: Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des "Kriegskommunismus" und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993, S. 487–493.

Planung – Rentabilität – Initiative: Zur sowjetischen Diskussion um die Vorschläge Professor Libermans: Interview mit Prof. Dr. Fritz Behrens, in: Sonntag (Ostberlin) 47 (1962), abgedruckt in: Ostprobleme 15 (1963), S. 27–29.

Stalin, Josef W.: Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute, in: Ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1972, S. 603–604.

Ders.: Neue Verhältnisse – Neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus: Rede auf der Beratung der Wirtschaftler am 23. Juni 1931, in: Ders.: Werke, Frankfurt am Main 1972, vol. 13, S. 47–72.

Transcript of the Conversation between the Soviet Leadership and a Hungarian United Workers' Party Delegation in Moscow on 13 June 1953, in: Christian F. Ostermann: "This Is Not a Politburo, But a Madhouse": The Post-Stalin Succession Struggle, Soviet Deutschlandpolitik and the SED: New Evidence from Russian, German, and Hungarian Archives, in: Cold War International History Project, Bulletin 10 (März 1998), S. 61–110.

### Literatur

Amann, Ronald / Cooper, Julian / Davies, Robert W. (Hg.): The Technological Level of Soviet Industry, New Haven, CT u.a. 1977.

Ambrosius, Gerold / Hubbard, William H.: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986.

Berend, Ivan T.: The Hungarian economic reforms 1953–1988, Cambridge u.a. 1990.

Berliner, Joseph S.: Factory and Management in the USSR, Cambridge 1957.

Ders.: Soviet Management from Stalin to Gorbachev: A comparison to the Harvard Project and SIP Interviews, SIP Working Paper 43, März 1988.

Birke, Ernest / Neumann, Rudolf (Hg.): Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas: Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern, Frankfurt am Main 1959.

Bronson, David W. / Krueger, Constance B.: The Revolution in Soviet Farm Household Income, 1953–1967, in: James R. Millar (Hg.): The Soviet Rural Community: A Symposium, Urbana, IL 1971, S. 214–258.

Brus, Włodzimierz: Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa, Köln 1986.

Ders. / Łaski, Kazimierz: Von Marx zum Markt: Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990.

- Burkhardt, Gudrun / Dallinger, Gernot / Ludwigs, Walter: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe: Strukturen und Probleme, Bonn 1987 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 259).
- Clark, William A.: Crime and Punishment in Soviet Officialdom: Combating Corruption in the Political Elite 1965–1990, New York 1993.
- Creuzberger, Stefan / Görtemaker, Manfred (Hg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn 2002.
- Davies, Robert W.: Crisis and Progress in the Soviet Economy, 1931–1933, London 1996 (The Industrialisation of Soviet Russia 4).
- Ders.: The Soviet Rural Economy in 1929–1930: The Size of the Kolchoz, in: Chimen Abramsky (Hg.): Essays in Honour of Edward H. Carr, London 1974, S. 255–280.
- Feest, David: Zwangskollektivierung im Baltikum: Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes 1944–1953, Köln 2007 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 40).
- Fiwel, George R.: New Currents in Soviet-Type Economics: A Reader, Scranton, PA 1968.
- Ders.: The Soviet Quest for Economic Efficiency: Issues, Controversies, and Reforms, New York, NY u.a. 1967.
- Filtzer, Donald: Atomization, "Molecularization", and Attenuated Solidarity: Workers' Responses to State Repression under Stalin, in: Brigitte Studer u.a. (Hg.): Stalinistische Subjekte: Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern 1929–1953, Zürich 2006, S. 99–116.
- Fischer, Wolfram (Hg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1987, vol. 6: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart.
- Fitzpatrick, Sheila: Blat in Stalin's Time, in: Stephen Lovell u.a. (Hg.): Bribery and Blat in Russia: Negotiating Reciprocity from the Middle Ages to the 1990s, Basingstoke u.a. 2000, S. 166–182.
- Fulbrook, Mary: The People's State: East German Society from Hitler to Honecker, New Haven, CT u.a. 2005.
- Fürst, Juliane: The Importance of Being Stylish: Youth, Culture and Identity in Late Stalinism, in: Brigitte Studer u.a. (Hg.): Stalinistische Subjekte: Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern 1929–1953, Zürich 2006, S. 359–375.
- Gatrell, Peter W.: The Tsarist Economy 1850–1917, New York, NY 1986.
- Gerschenkron, Alexander: Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Geschichte und Ökonomie, Köln 1973, S. 121–139.
- Gibianskij, Leonid J.: Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie, in: Michael Lemke (Hg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln u.a. 1999, S. 31–80.
- Ders.: The Soviet-Yugoslav Split and Cominform, in: Norman Naimark u.a. (Hg.): The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944–1949, Oxford 1997, S. 291–312.
- Gregory, Paul R.: Before Command: An Economic History of Russia from Emancipation to First Five-Year-Plan, Princeton, NJ 1994.
- Ders.: The Political Economy of Stalinism: Evidence from the Secret Soviet Archives, Cambridge 2004.
- Ders.: Russian National Income 1885–1913, Cambridge 1982.
- Ders. / Stuart, Robert C.: Russian and Soviet Economic Performance and Structure, 7. Aufl., Reading, MA 2001.
- Harrison, Mark: Economic Growth and Slowdown, in: Edwin Bacon u.a. (Hg.): Brezhnev Reconsidered, Basingstoke u.a. 2002, S. 38–67.
- Harrison, Mark (Hg.): Guns and Rubles: The Defense Industry in the Stalinist State, Yale 2008 (Yale-Hoover Series on Stalin, Stalinism, and the Cold War).

Haumann, Heiko: Einleitung zu Leon N. Kritzman: Die heroische Epoche der großen russischen Revolution, Reprint, Frankfurt am Main 1971 (Archiv sozialistischer Literatur 24), S. V–XLIII.

Ders.: Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik: Materialien 1917–1921, in: Argument 82 (1973), S. 768–803.

Höhmann, Hans-Hermann / Kaser, Michael C. / Thalheim, Karl C. (Hg.): The New Economic Systems of Eastern Europe, London 1975.

Hohmann, Karl / Merkel, Konrad / Schneider, Herbert: DDR: Industriemäßig betriebene tierische Agrarproduktion: Die industriemäßig betriebene tierische Agrarproduktion in der DDR: Organisationsformen, Produktionsverfahren und ökonomische Effizienz in der Rinder- und Schweinehaltung: Mit vergleichenden Betrachtungen zur entsprechenden Tierproduktion in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1980.

Horz, Gerhard: Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des sowjetischen Vorbildes: Ziele – Methoden – Wirkungen, Diss. Berlin 1961.

Immler, Hans: Hat die DDR die Bundesrepublik schon überholt? Thesen zur Agrarpolitik der DDR, in: Konrad Merkel u.a. (Hg.): DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Köln 1972, S. 43–70.

Jaraus, Konrad H. / Siegrist, Hannes (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main u.a. 1997.

Jasny, Naum: The Soviet Industrialization: 1928–1952, Chicago, IL 1961.

Kahan, Arcadius: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Rußlands und Kongreßpolens 1860–1914, in: Wolfram Fischer (Hg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1985, vol. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, S. 512–600.

Kornai, János: Economics of Shortage, Amsterdam u.a. 1980.

Ders.: The Socialist System: The Political Economy of Communism, Princeton, NJ 1992.

Krebs, Christian: Die weltanschaulichen und wirtschaftstheoretischen Grundlagen der Agrartheorie im Marxismus-Leninismus, Berlin 1983 (Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 129).

Ledeneva, Alena: Russia's Economy of Favours: 'Blat', Networking and Informal Exchange, Cambridge 1998.

Lewin, Moshe: The Disappearance of Planning in the Plan, in: Slavic Review 32 (1973), S. 271–287.

Merl, Stephan: Agrarreform und nichtmarktwirtschaftliche Bedingungen – Agrarsektor und Industrialisierung in Rußland und in der Sowjetunion 1885–1941, in: Toni Pierenkemper (Hg.): Landwirtschaft und industrielle Entwicklung: Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreformen und Agrarrevolution, Stuttgart 1989, S. 175–209.

Ders.: Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion: Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im sowjetischen Dorf (1928–1930), Wiesbaden 1985 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe Geschichte 52).

Ders.: Sozialer Aufstieg im sowjetischen Kolchossystem der 30er Jahre? Über das Schicksal der bäuerlichen Parteimitglieder, Dorfsowjetvorsitzenden, Posteninhaber in Kolchosen, Mechanisatoren und Stachanowleute, Berlin 1990 (Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 173).

Ders.: Bauern unter Stalin: Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941, Berlin 1990.

Ders.: Berija und Chruščev: Entstalinisierung oder Systemerhalt? Zum Grunddilemma sowjetischer Politik nach Stalins Tod, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 52 (2001), S. 484–506.

Ders.: The Soviet Economy in the 1970s: Reflections on the Relation between Socialist Modernity, Crisis and the Administrative Command Economy, in: Calic, Marie-Janine / Neutatz, Dietmar / Obertreis, Julia (Hg.): The Crisis of Socialist Modernity: The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011, S. 28–65.

Ders.: Einstellungen zum Privateigentum in Rußland und in der Sowjetunion, in: Hannes Siegrist / David Sugarman (Hg.): Eigentum im internationalen Vergleich: 18.–20. Jahrhundert, Göttingen 1999 (Kritische Studien zur Geschichtswissen-

schaft 130), S. 135–160.

Ders.: Entstalinisierung, Reformen und Wettlauf der Systeme 1953–1964, in: Stefan Plaggenborg u.a. (Hg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Stuttgart 2002, vol. 5: 1945–1991: Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, S. 175–318.

Ders.: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen?" Über Anspruch und Realität von Lebensstandard und Wirtschaftssystem in Rußland und der Sowjetunion, in: Wolfram Fischer (Hg.): Lebensstandard und Wirtschaftssysteme, Frankfurt Main 1995, S. 261–306.

Ders.: Hat sich der landwirtschaftliche Großbetrieb bewährt? Zum Vergleich von Agrarentwicklung und Agrarproblemen in der Sowjetunion und der DDR, in: Hannelore Horn u.a. (Hg.): Der unvollkommene Block: Die Sowjetunion und Ost-Mitteleuropa zwischen Loyalität und Widerspruch, Frankfurt am Main u.a. 1988, S. 139–170.

Ders.: Handlungsspielräume und Sachzwänge in der sowjetischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit, in: Wolfram Fischer (Hg.): Sachzwänge und Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit, St. Katharinen 1985, S. 175–229.

Ders.: War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?, in: Guido Hausmann u.a. (Hg.): Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, Baden-Baden 1993, S. 145–166.

Ders.: Die sowjetische Kommandowirtschaft – wieso scheiterte sie nicht früher?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 58 (2007), S. 656–675.

Ders.: Konsum in der Sowjetunion: Element der Systemstabilisierung?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 58 (2007), S. 519–536.

Ders.: Von Chruschtschows Konsumkonzeption zur Politik des "Little Deal" unter Breschnew, in: Bernd Greiner u.a. (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg, Hamburg 2010, S. 279–310.

Ders.: Die Korruption in Russland heute – ein Vermächtnis Stalins?, in: Carola Söller u.a. (Hg.): Korruption in Ost und West: Eine Debatte, Passau 2008, S. 33–78.

Ders.: Kann der Korruptionsbegriff auf Russland und die Sowjetunion angewandt werden?, in: Niels Grüne u.a. (Hg.): Korruption: Historische Annäherungen an eine Grundfigur politischer Kommunikation, Göttingen 2010, S. 247–279.

Ders. (Hg.): Sowjetmacht und Bauern: Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des "Kriegskommunismus" und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993.

Ders.: Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft: Rußland und die ostmitteleuropäischen Länder, in: Hannes Siegrist u.a. (Hg.): Europäische Konsumgeschichte: Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.–20. Jahrhundert), Frankfurt am Main u.a. 1997, S. 205–241.

Ders.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Rußlands und der Sowjetunion 1914–1980, in: Wolfram Fischer (Hg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1987, vol. 6: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, S. 640–728.

Millar, James R.: The Little Deal: Brezhnev's Contribution to Acquisitive Socialism, in: Slavic Review 44 (1985), S. 694–706.

Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland: Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

Nehrig, Christel / Noziczka, Lothar: Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der SED 1956/57: Zur Situation in der Landwirtschaft der DDR vor Abschluss der Übergangsperiode zum Sozialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 33,4 (1985), S. 1082–1096.

Nove, Alec: The Problem of "Success Indicators" in Soviet Industry, in: Economica: New Series 25 (1958), S. 1–13.

Ders.: The Soviet Economic System, London 1977.

Olevanov, P.: Osnovnye voprosy metodologii sostavlenija organizacionnyh planov dlja rajonov splošnoj kollektivizacii, in: Socialističeskaja rekonstrukcija sel'skogo chozjajstva 2 (1930), S. 7–19.

- Olson, Mancur: The Devolution of Power in Post-Communist Societies: Therapies for Corruption, Fragmentation and Economic Retardation, in: Robert Skidelsky (Hg.): Russia's Stormy Path to Reform, London 1995, S. 9–42.
- Ostermann, Christian F.: "This Is Not a Politburo, But a Madhouse": The Post-Stalin Succession Struggle, Soviet Deutschlandpolitik and the SED: New Evidence from Russian, German, and Hungarian Archives, in: Cold War International History Project, Bulletin 10 (März 1998), S. 61–110.
- Pollock, Friedrich: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927, Reprint, Frankfurt am Main 1971.
- Rostow, Walt W.: Stadien wirtschaftlichen Wachstums: Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960.
- Scherstjanoi, Elke: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953, München 2007 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 70).
- Scholz, Michael F.: Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 36,3 (1994), S. 78–87.
- Schramm, Gottfried: Handbuch der Geschichte Russlands, Stuttgart 1983, vol. 3: 1856–1945: Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat (erster Halbband).
- Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Eberhard Kuhrt u.a. (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 61–98.
- Selucky, Radoslav: Economic Reforms in Eastern Europe: Political Background and Economic Significance, New York 1972.
- Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre: Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Ders.: Wirtschaftliche Lenkungsverfahren in der Industrie der DDR Mitte der fünfziger Jahre: Resultate und Alternativen, in: Christoph Buchheim (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 271–293.
- Ders.: Von Plan zu Plan: Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Thalheim, Karl C.: Balance Sheet, in: Hans-Hermann Höhmann u.a. (Hg.): The New Economic Systems of Eastern Europe, London 1975, S. 529–569.
- Tschajanow, Alexander W.: Die optimalen Betriebsgrößen in der Landwirtschaft, Berlin 1930.
- Wädekin, Karl-Eugen: Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa, Berlin 1974, vol. I: Von Marx bis zur Vollkollektivierung.
- Ders.: Die Bezahlung der Arbeit in der sowjetischen Landwirtschaft, Berlin 1972.
- Weber, Adolf: Ursachen und Folgen abnehmender Effizienz in der DDR-Landwirtschaft, in: Eberhard Kuhrt u.a. (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 225–271.
- Zaleski, Eugène: Planning Reforms in the Soviet Union 1962–1966: An Analysis of Recent Trends in Economic Organization and Management, Chapel Hill, NC 1967.

#### Anmerkungen

1. ^ Merl, Korruptionsbegriff 2010.
2. ^ Vgl. Gatrell, Tsarist Economy 1986; Gregory, Before Command 1994; Kahan, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1985; Schramm (Hg.), Handbuch Geschichte Russlands 1983, S. 102–124, 213–233, 315–319.
3. ^ Gatrell, Tsarist Economy 1986; Gerschenkron, Rückständigkeit 1973; Gregory, Russian National Income 1982.
4. ^ Schramm (Hg.), Handbuch Geschichte Russlands 1983, S. 14–68, 419–424; Merl, Agrarreform 1989.
5. ^ Zu den typischen Aufholmöglichkeiten für Spätstarter vgl. Gerschenkron, Rückständigkeit 1973.
6. ^ Rostow, Walt Whitman: The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto, Cambridge 1960.
7. ^ Rostow, Stadien 1960.
8. ^ Merl, "Jeder nach seinen Fähigkeiten" 1995, S. 261–263; Brus/Łaski, Marx 1990, S. 11–23.

9. ^ Vgl. Merl, Handlungsspielräume 1985, S. 181–216. Zu den utopischen Vorstellungen gehörte, dass der Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung sofort eine "Revolutionierung" der Produktivkräfte auslösen würde. So erwartete die Parteispitze um Stalin im industriellen Bereich jährliche Wachstumsraten von 50 und mehr Prozent und von der Kollektivierung der Landwirtschaft einen sprunghaften Anstieg der Agrarproduktion.
10. ^ Haumann, Einleitung 1971; Ders., Russische Revolution 1973; Merl, "Jeder nach seinen Fähigkeiten" 1995, S. 268–270.
11. ^ Ebd.
12. ^ Vgl. Pollock, Versuche 1971.
13. ^ Gregory, Political Economy 2004; Merl, Kommandowirtschaft 2007.
14. ^ Merl, Handlungsspielräume 1985, S. 190.
15. ^ Lewin, Disappearance 1973; Merl, Handlungsspielräume 1985, S. 181–193.
16. ^ Olevanov, Voprosy 1930, S. 11f. (Übersetzung des Verfassers); Merl, Handlungsspielräume 1985, S. 200f.
17. ^ Kornai, Economics of Shortage 1980; Ders., Socialist System 1992; Gregory/Stuart, Economic Performance 2001, S. 186f.; Brus/Łaski, Marx 1990, S. 25–50.
18. ^ Vgl. dazu überzeugend Krebs, Grundlagen 1983.
19. ^ Merl, Großbetrieb 1988; Hohmann, DDR 1980.
20. ^ Tschajanow, Betriebsgrößen 1930.
21. ^ Merl, Anfänge 1985, S. 365–369; Davies, Soviet Rural Economy 1974.
22. ^ Merl, Großbetrieb 1988, S. 147–158.
23. ^ Merl, Bauern 1990.
24. ^ [Anonymus], Bauernsowchos 1993; Merl, Bauern 1990.
25. ^ Vgl. Otto Schiller zur Hungersnot 1932/33, in: Merl, Hungersnot 1993, S. 162. Zum Begriff Kolchossystem vgl. Merl, Bauern 1990.
26. ^ Merl, Bauern 1990.
27. ^ Ebd. Die Nichteinbeziehung der Kolchosniki in die staatliche Sozialversicherung wurde auf persönliche Intervention Stalins in die Verfassung von 1936 aufgenommen.
28. ^ Gregory, Political Economy 2004; Olson, Devolution 1995.
29. ^ Merl, Kommandowirtschaft 2007; Gregory, Political Economy 2004.
30. ^ Gregory, Political Economy 2004; Merl, Kommandowirtschaft 2007.
31. ^ Berliner, Factory 1957; Gregory, Political Economy 2004; Merl, Kommandowirtschaft 2007.
32. ^ Gregory, Political Economy 2004; Merl, Kommandowirtschaft 2007; Harrison, Guns 2008.
33. ^ Jasny, Industrialization 1961; Davies, Crisis 1996.
34. ^ Davies, Crisis 1996; Gregory, Political Economy 2004.
35. ^ Merl, Korruptionsbegriff 2010; Filtzer, Atomization 2006; Fitzpatrick, Blat 2000.
36. ^ Stalin, Neue Verhältnisse 1931; Stalin, Rede 1935.
37. ^ Merl, Sozialer Aufstieg 1990.
38. ^ Merl, Korruption 2008.
39. ^ Ambrosius / Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1986, S. 269–284; Fischer, Handbuch 1987, vol. 6.
40. ^ Vgl. etwa Fürst, Importance 2006.
41. ^ Feest, Zwangskollektivierung 2007; Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik 2007.
42. ^ Ambrosius / Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1986, S. 269–284; Steiner, Plan 2004, S. 8f.
43. ^ Feest, Zwangskollektivierung 2007.
44. ^ Gibianskij, Sowjetisierung 1999; Creuzberger / Görtemaker, Gleichschaltung 2002.
45. ^ Brus, Geschichte 1986; Fischer, Handbuch 1987, vol. 6; Gibianskij, Sowjetisierung 1999; Birke / Neumann, Sowjetisierung 1959; Wädekin, Agrarpolitik 1974; Steiner, Plan 2004, S. 41f.
46. ^ Feest, Zwangskollektivierung 2007.
47. ^ Merl, Einstellungen 1999; Horz, Kollektivierung 1961, S. 64; Wädekin, Agrarpolitik 1974, S. 98–106.
48. ^ Wädekin, Agrarpolitik 1974, S. 144 f.
49. ^ Ebd., S. 143.
50. ^ Burkhardt / Dallinger / Ludwigs, Rat 1987.
51. ^ Brus, Geschichte 1986, S. 65; Gibianskij, Sowjetisierung 1999; Ders., Soviet-Yugoslav Split 1997.
52. ^ Gibianskij, Sowjetisierung 1999, S. 78.
53. ^ Gibianskij, Soviet-Yugoslav Split 1997; Brus, Geschichte 1986; Birke / Neumann, Sowjetisierung 1959; Fischer, Handbuch 1987, vol. 6; Steiner, Lenkungsverfahren 1995; Ders., Plan 2004, S. 63–66.
54. ^ Merl, Staat und Konsum 1997; Steiner, Plan 2004, S. 76f.
55. ^ Wädekin, Agrarpolitik 1974; Merl, Großbetrieb 1988.
56. ^ Vgl. Naimark, Russen 1997, S. 206–211; Horz, Kollektivierung 1961, S. 81–89; Wädekin, Agrarpolitik 1974, S. 133 und 143.

57. ^ Merl, Großbetrieb 1988; Wädekin, Agrarpolitik 1974.
58. ^ Vgl. Wädekin, Agrarpolitik 1994, S. 145f.; Horz, Kollektivierung 1961, S. 107, 122, 126ff., 144.
59. ^ Merl, Berija 2001; Ders., Entstalinisierung 2002; Transcript 1953.
60. ^ Fulbrook, People's State 2005; Jaraus / Siegrist, Amerikanisierung 1997; Merl, Konsum 2007.
61. ^ Wädekin, Agrarpolitik 1974.
62. ^ Merl, Entstalinisierung 2002.
63. ^ Merl, Soviet Economy 2011; Steiner, Plan 2004, S. 191–226; Schürer, Planung 1999, S. 72–90.
64. ^ Merl, Kommandowirtschaft 2007; Kornai, Economics of Shortage 1992; Feiwel, Soviet Quest 1967; Steiner, Plan 2004, S. 14f., 135f.
65. ^ Berend, Economic Reforms 1990; Nove, Economic System 1977; Höhmann / Kaser / Thalheim, New Economic Systems 1975; Feiwel, New Currents 1968; Zaleski, Planning Reforms 1967; Merl, Soviet Economy 2011; Selusky, Reform 1972; Steiner, DDR-Wirtschaftsreform 1999.
66. ^ Thalheim, Balance Sheet 1975; Planung 1962; Nove, Problem 1958; Brus / Łaski, Marx 1990, S. 65–125.
67. ^ Merl, Soviet Economy 2011; Steiner, Plan 2004, S. 148; Ders., DDR-Wirtschaftsreform 1999, S. 88 und 158.
68. ^ Steiner, Plan 2004, S. 123–164; Schürer, Planung 1999, S. 67–70; Steiner, DDR-Wirtschaftsreform 1999, S. 252 und 522.
69. ^ Ebd.; Gregory / Stuart, Soviet Economic Performance 2001; Amann / Cooper / Davies, Technological Level 1977.
70. ^ Merl, Korruption 2008; Berliner, Soviet Management 1988; Harrison, Economic Growth 2002; Clark, Crime 1993.
71. ^ Merl, Kommandowirtschaft 2007; Ders., Konsumkonzeption 2010; Ders., Korruption 2008; Ledeneva, Economy of Favours 1998; Millar, Little Deal 1985.
72. ^ Vgl. dazu: Scholz, Viewegs Agrarpolitik 1994; Nehring / Noziczka, Weiterentwicklung 1985; Horz, Kollektivierung 1961, S. 153f.
73. ^ Horz, Kollektivierung 1961, S. 126, 133.
74. ^ Wädekin, Agrarpolitik 1974; Merl, Großbetrieb 1988.
75. ^ Merl, Großbetrieb 1988; als positive Bewertung der DDR-Agrarpolitik vgl. Immler, DDR 1972.
76. ^ Merl, Großbetrieb 1988; Weber, Ursachen 1999.
77. ^ Hohmann, DDR 1980.
78. ^ Wädekin, Bezahlung 1972; Bronson / Krueger, Revolution 1971.
79. ^ Merl, Konsumkonzeption 2010; Millar, Little Deal 1985.

Dieser Text ist lizenziert unter : CC by-nc-nd - Attribution, Noncommercial, No Derivative Works

---

Fachherausgeber: Stefan Troebst  
Redaktion: Jennifer Willenberg

---

DDC: 303 [Info  ] , 330 [Info  ] , 335 [Info  ] , 630 [Info  ] , 947 [Info  ]

---

### Zitierempfehlung

Merl, Stephan: Sowjetisierung in Wirtschaft und Landwirtschaft, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2011-06-15. URL: <http://www.ieg-ego.eu/merls-2011-de> URN: urn:nbn:de:0159-20110201165 [JJJJ-MM-TT].

Bitte setzen Sie beim Zitieren dieses Beitrages hinter der URL-Angabe in Klammern das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse ein. Beim Zitieren einer bestimmten Passage aus dem Beitrag bitte zusätzlich die Nummer des Textabschnitts angeben, z.B. 2 oder 1-4.

### Link #ab

- Russifizierung / Sowjetisierung (<http://www.ieg-ego.eu/de/threads/modelle-und-stereotypen/russifizierung-sowjetisierung/theodore-r-weeks-russifizierung-sowjetisierung>)

#### Link #ac

- Industrialisierung (<http://www.ieg-ego.eu/de/threads/hintergruende/industrialisierung/richard-h-tilly-industrialisierung-als-historischer-prozess>)

#### Link #ad

- Modernisierung (<http://www.ieg-ego.eu/de/threads/modelle-und-stereotypen/modernisierung/thomas-mergel-modernisierung>)

#### Link #ae

- Iosif V. Stalin (1878–1953) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/101787139>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118642499>)

#### Link #af

- Internal Migration (<http://www.ieg-ego.eu/en/threads/europe-on-the-road/economic-migration/leslie-page-moch-internal-migration-before-and-during-the-industrial-revolution-the-case-of-france-and-germany>)

#### Link #ag

- Petr A. Stolypin (1862–1911) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/59091363>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118618636>)

#### Link #ah

- Walt Whitman Rostow (1916–2003) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/71397171>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/123585201>)

#### Link #ai

- Vladimir I. Lenin (1870–1924) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/7393146>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118640402>)

#### Link #aj

- Karl Marx (1818–1883) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/49228757>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118578537>) ADB/NDB  (<http://www.deutsche-biographie.de/pnd118578537.html>)

#### Link #ak

- Nikita Chruščev (1894–1971) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/64007537>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118638378>)

#### Link #al

- Vladimir Groman (1874–1932) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/86389062>)

#### Link #am

- Stanislav Strumilin (1877–1974) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/40422415>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/128215712>)

#### Link #an



- (<http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/huettenkombinat-in-der-sowjetunion-1929-img?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500>)  
Hüttenkombinat in der Sowjetunion 1929

#### Link #ao

- Moshe Lewin (1921–2010) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/27067647>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/112519598>)

#### Link #ap



- (<http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/landwirtschaftliches-kollektiv-in-rumaenien-1949?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500>)

## Landwirtschaftliches Kollektiv in Rumänien 1949

### Link #aq



- <http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/briefmarke-bodenreform-1945?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500>  
Briefmarke Bodenreform 1945

### Link #ar

- Josip Broz Tito (1892–1980) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/22165595>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118622935>)

### Link #as

- Władysław Gomułka (1905–1982) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/112042625>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/11854067X>)

### Link #at



- <http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/fuenfjahr-plan-ddr-1951?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500>  
Fünfjahr-Plan DDR 1951

### Link #au

- Lavrentij Berija (1899–1953) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/20471281>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118509586>)

### Link #av



- <http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/volksaufstand-vom-17.-juni-1953?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500>  
Volksaufstand vom 17. Juni 1953

### Link #aw

- Walter Ulbricht (1893–1973) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/36942645>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118625179>) ADB/NDB  (<http://www.deutsche-biographie.de/pnd118625179.html>)

### Link #ax



- [http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/copy\\_of\\_us-newsreel-hungarian-revolt-1956?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500](http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/copy_of_us-newsreel-hungarian-revolt-1956?mediainfo=1&amp;width=900&amp;height=500)  
US-Wochenschau "Ungarischer Aufstand" 1956

### Link #ay

- Mátyás Rákosi (1892–1971) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/44304195>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118748939>)

### Link #az

- Georgij Malenkov (1902–1988) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/18030281>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/119372339>)

#### Link #b0

- Leonid Brežnev (1906–1982) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/7387544>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118515136>)

#### Link #b1

- Erich Honecker (1912–1994) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/34468994>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/118553399>)  
ADB/NDB  (<http://www.deutsche-biographie.de/pnd118553399.html>)

#### Link #b2

- Kurt Vieweg (1911–1976) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/8197967>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/119435705>)

#### Link #b3



- <http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/infografik-sozialistische-umgestaltung-der-landwirtschaft-1958?mediainfo=1&width=900&height=500>  
Infografik "Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft" 1958

#### Link #b4

- Gerhard Grüneberg (1921–1981) VIAF   (<http://viaf.org/viaf/61989089>) DNB  (<http://d-nb.info/gnd/13808212X>)

#### Link #b5



- <http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/landwirtschaftliche-produktionsgenossenschaft-dedelow-1972?mediainfo=1&width=900&height=500>  
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Dedelow 1972

#### Link #b6



- <http://www.ieg-ego.eu/de/mediainfo/warteschlange-vor-intershop?mediainfo=1&width=900&height=500>  
Warteschlange vor Intershop



Kompetenzzentrum  
für elektronische Erschließungs-  
und Publikationsverfahren in  
den Geisteswissenschaften



INSTITUT FÜR  
EUROPÄISCHE  
GESCHICHTE

<http://www.ieg-ego.eu> ISSN 2192-7405